

EDITORIAL

35

GESELLSCHAFTS- & STEUERRECHT

Klaus Wiedermann: Die Erfüllung von Pflichtteilsansprüchen durch Privatstiftungen – eine steuerrechtliche Analyse 38

Im Anschluss an zwei jüngere BFG-Erkenntnisse beleuchtet der Beitrag die Frage der KEST-Pflicht der Erfüllung von Pflichtteilsansprüchen durch Privatstiftungen und die Frage der Berücksichtigung dieser Pflichtteilsansprüche bei der Bemessung der Stiftungseingangssteuer samt den zugrunde liegenden zivilrechtlichen Eckpunkten. Im Ergebnis ist die Frage der KEST-Pflicht zu verneinen, da der ex lege mit dem Tod entstehende Pflichtteilsanspruch auf keiner autonomen Entscheidung des Stiftungsvorstandes beruht. Die Pflichtteilsansprüche mindern nach Maßgabe des § 1 Abs 5 StiftEG die Bemessungsgrundlage der Stiftungseingangssteuer.

Martin Schereda: Die Vergütung des Stiftungsvorstands 41

Die Vergütung des Stiftungsvorstands ist grundsätzlich durch das Gericht festzusetzen. Diese Regelung wird in der Praxis häufig missachtet.

AKTUELLES

BMF-Info: Rulinganträge gemäß § 118 BAO mit internationalen Bezügen 44

BILANZSTEUERRECHT

Romuald Bertl/Klaus Hirschler: Auswirkungen des RÄG 2014 auf die Bilanzierung latenter Steuern im Zusammenhang mit Umgründungen vor Inkrafttreten des RÄG 2014 46

JUDIKATUR GESELLSCHAFTSRECHT

Thomas Wenger: Privatstiftung: Sonderprüfung 48

RECHNUNGSWESEN

Robert Reiter: Mögliche Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche – Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht einer Privatstiftung 50

Bei der Errichtung von Privatstiftungen behalten sich Stifter in vielen Fällen besondere Einflussmöglichkeiten vor. Dadurch können sich unterschiedliche Auswirkungen auf die Höhe möglicher Pflichtteils(ergänzungs)ansprüche ergeben. Der Artikel behandelt die Angabe solcher möglicher Ansprüche im Jahresabschluss und Lagebericht.

INTERNATIONALER RUNDBLICK

Katharina van Bakel-Auer/Gisela Nagy/Barbara Schallmeiner 55



REVISION & KONTROLLE

Stéphanie Hörmanseder: Besonderheiten bei der Prüfung von Privatstiftungen

56

Der Stiftungsprüfung kommt aufgrund der eigentümerlosen Struktur der Stiftung eine große Bedeutung zu. Basierend auf dem aktuellsten KFS/PE 21 aus dem Jahr 2014 stellt die Autorin die Besonderheiten im Rahmen der Prüfung von Stiftungen sowie der Berichterstattung über diese dar.

Regina Reiter: Das IKS bei Privatstiftungen – die Pflichten des Stiftungsvorstands und des Stiftungsprüfers

60

Der Stiftungsvorstand ist zur Einrichtung eines angemessenen internen Kontrollsystems verpflichtet. Dem Stiftungsprüfer obliegen in diesem Zusammenhang nicht nur die sich aus den allgemeinen Prüfungsstandards ergebenden Aufgaben, sondern zusätzliche Pflichten aufgrund seiner Organstellung.

Herausgeber:

o. Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl
WP Dr. Robert Reiter
Mag. Christoph Schlager (BMF)
RA Dr. Thomas Wenger
Hon.-Prof. MR iR Dr. Werner Wiesner (BMF)
Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer

Redaktionsassistentz:

Mag. Dipl. Ing. Dr. Stéphanie Hörmanseder
MIM (CEMS)

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 (1) Z 8 und 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe Reed Elsevier, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | **Blattlinie:** Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | **Geschäftsführung:** Mag. Peter Davies, MBA | **Unbeschränkt haftender Gesellschafter:** Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | **Kommanditist:** Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | **Beteiligungsverhältnisse:** Alleinigere Gesellschafter der Orac Gesellschaft n.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1%), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9%) | Alleinigere Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleinigere Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | **Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.:** Reed Elsevier Group PLC, 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%) | **Redaktion:** Marxergasse 25, 1030 Wien. ISSN: 1018-3779

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand 2015 | **Verlags- und Herstellungsort:** Wien | Die Zeitschrift erscheint einmal im Monat | Einzelheftpreis 2015: € 27,-; Jahresabonnement 2015: € 279,- inkl. MWST bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | **Bankverbindung:** Bank Austria IBAN: AT84 1200050423468600, BIC: BKAUATWW | **Abbestellungen** sind nur zum Jahresabschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen | **Druck:** Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechts-

Schriftleitung:

o. Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl

Ständige Mitarbeiter:

Dr. Christoph Fröhlich
Univ.-Prof. Dr. Klaus Hirschler
Mag. Gisela Nagy
Dr. Katharina van Bakel-Auer

Abonentenservice:

Tel. +43-1-534 52-5555, Fax DW 141
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Evelyn Hahn
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1562, Fax DW 146
E-Mail: evelyn.hahn@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr
Tel. +43-1-534 52-1116, Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
<http://rwz.lexisnexis.at/mediadaten>

schutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG) und sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) in allen Sprachen ein. Mit der Einreichung von Beiträgen von Arbeitsgruppen leistet der Einreichende dafür Gewähr, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Übertragung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind. Mit dem vom Verlag geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Aufgrund der Honorierung erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres (§ 35 UrhG). Für die Verwertung durch Datenbanken gilt dieser Zeitraum keinesfalls. Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen.

Richtlinien für Autoren:

- Manuskripte übermitteln Sie bitte an die E-Mail-Adresse RWZ-Zeitschrift@lexisnexis.at.
- Wir ersuchen um Verwendung gängiger juristischer Zitier- und Abkürzungsregeln (AZR, 7. Auflage).
- Manuskripte sind möglichst unter Verwendung der dekadischen Gliederung zu erstellen und sollten nicht mehr als 3 Gliederungsebenen umfassen.
- Die Beiträge sollten eine Länge von nicht mehr als 25.000 Zeichen (exkl. Leerzeichen, inkl. Fußnoten) aufweisen. Überschreitet das Manuskript diese Länge, sind die Herausgeber berechnigt, die Beiträge entsprechend zu kürzen.
- Jeder Beitrag wird einem externen Begutachtungsverfahren unterzogen, das über seine Veröffentlichung entscheidet. Der Verfasser wird schriftlich informiert, ob der Beitrag zur Publikation angenommen wurde.
- Die Richtlinien für das Verfassen von Zeitschriftenbeiträgen finden Sie in ausführlicher Form unter rwz.lexisnexis.at in der Rubrik Autorenservice.



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA

Wilhelm Hübner/Evelin Polat: Employer Branding und Wettbewerbsfähigkeit

3

Was bedeutet es, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein und wie wird man ein solcher? Und welche Rolle spielt hierbei der im HR-Bereich heiß diskutierte Begriff „Employer Branding“? Die Antworten auf diese Fragen finden Sie im aktuellen Themenbeitrag. Weiters werden die Auswirkungen eines ganzheitlichen Employer Branding Ansatzes auf die Wettbewerbsfähigkeit und somit auf den finanziellen Erfolg eines Unternehmens thematisiert.

RECHTSPRECHUNG

» ARBEITSRECHT

Ausbildungsvertrag oder Arbeitsvertrag?	6
Unwirksamer Kündigungsverzicht im Geschäftsführervertrag	7
Fehlende sachliche Rechtfertigung – Kettenarbeitsverträge unzulässig	8

» VERFAHRENSRECHT

Keine Verbandsklage nach § 29 KSchG in Arbeitsrechtssachen	9
Einstweilige Verfügung zur Sicherung der Ansprüche aus Konkurrenzklausel	11
Arbeitsvertraglicher Anspruch – keine Vereinsstreitigkeit	13
Unterlassene Mitteilung einer Änderung der Abgabestelle	13

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Aufstellen von Zeitungständern – echtes Dienstverhältnis	14
Freundschaftsdienst oder Dienstverhältnis?	16
Tätigkeit als freier Dienstnehmer mit Gewerbeschein	16

» LOHNSTEUER UND ABGABEN

Keine „Sachbezugs-Halbierung“ bei Gemeinschaftskredit	17
Keine sonstigen Bezüge allein durch Bezeichnung als „Bonus“	17
Fitnessstudio als außergewöhnliche Belastung	18

NEUERSCHEINUNGEN

20

IMPRESSUM

5

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Nichtigkeitsklausele in Auseinandersetzungsvereinbarung zwischen GmbH und einem ihrer Gesellschafter (20.1.2015 – II ZR 369/13)

BGH: Keine Anwendung des § 89b HGB bei Franchiseverträgen, die ein anonymes Massengeschäft betreffen (5.2.2015 – VII ZR 109/13)

BGH: Das Wiederaufleben der Forderung des Empfängers einer anfechtbaren Leistung setzt die Erfüllung des insolvenzrechtlichen Rückgewähranspruchs voraus (8.1.2015 – IX ZR 300/13)

BGH: Einberufung einer zweiten Gläubigerversammlung nach dem Schuldverschreibungsgesetz (2.12.2014 – II ZB 2/14)

Aufsätze

Dr. Jörg Kirchner, LL.M. (George-Washington University), RA, und **Dr. Philipp Giessen**, RA

Anwendbarkeit des AGB-Rechts auf M&A-Verträge?

Die Frage, ob Bestimmungen aus M&A-Verträgen als AGB zu qualifizieren sind, sorgt in der Praxis zu Recht für Diskussionsstoff. Denn unterläge das Ergebnis der Verhandlungen eines M&A-Vertrags einer nachträglichen richterlichen Inhaltskontrolle, wäre die Verlässlichkeit des Verhandlungsergebnisses dahin und die meist langwierigen Vertragsverhandlungen zur Farce degradiert. Der Beitrag zeigt, dass Vertragsklauseln eines M&A-Vertrags nicht unter § 305 Abs. 1 S. 1 BGB fallen, da sie keine für eine Vielzahl von Fällen vorformulierte Vertragsbedingungen sind. Ferner verdeutlicht der Beitrag, dass wirtschaftlich bedeutsame Klauseln eines M&A-Vertrags regelmäßig im Einzelnen ausgehandelt und damit keine allgemeinen Geschäftsbedingungen darstellen.

Dr. Julia Sophia Habbe, RAin, und **Philip Wimalasena**, RA

Inanspruchnahme deutscher Gerichte bei rufschädigenden Internet-Äußerungen von Wettbewerbern im Ausland

Die rechtliche Verfolgung wettbewerbswidriger Äußerungen von Konkurrenten wirft, speziell bei grenzüberschreitenden Sachverhalten, eine Reihe von zivilprozessualen Fragen auf, denen in dem Beitrag nachgegangen wird. Es wird skizziert, weshalb die Inanspruchnahme deutscher Gerichte für betroffene deutsche Unternehmen auch dann von Interesse sein mag, wenn eine stattgebende Entscheidung am Sitz des Schädigers in den USA nicht vollstreckt werden kann. Auf der Grundlage eines Beispielsfalls wird sodann dargestellt, ob und ggf. auf welchem Weg eine internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte bzw. die Anwendbarkeit deutschen materiellen Rechts begründet werden kann.

Entscheidungen

BGH: Anspruch des einem unmittelbaren Gesellschafter gleichgestellten Treugebers auf Auskunft über Namen und Anschriften der anderen Anleger (16.12.2014 – II ZR 277/13 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Joachim Tebben, LL.M. [Michigan], Notar)

OLG München: Burger King – fristlose Kündigung eines Franchisevertrags wegen Mehrzahl einzelner Pflichtverstöße durch den Franchisenehmer (14.10.2014 – 7 U 2604/13)

LG München I: Beitritt zu einem Schiffsfonds in der Rechtsform der GmbH & Co. KG – Aufklärungspflicht über das Innenhaftungsrisiko (19.12.2014 – 3 O 7105/14 – dazu BB-Kommentar von

Mirko Fritzsche, RA)

AG Bremen: Mangelhaftigkeit einer Montageanleitung – Verständnishorizont (23.10.2014 – 10 C 496/12 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Patrick Ayad, M. Jur., RA)

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Umsatzsteuerfreie Unterrichtsleistungen (7.1.2015 – V B 102/14)

FG Baden-Württemberg: Spekulationsgeschäfte i.S.d. § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, S. 4 EStG im Zusammenhang mit Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds (1.10.2014 – 2 K 2085/11)

Aufsätze

Dr. Bastian Liegmann, RA/StB

Aktuelle Entwicklungen zur Rückwirkung von Rechnungsberichtigungen und zum Rechnungsbegriff im Sinne des § 14c UStG

Eine Steuerschuld wegen eines unrichtigen oder unberechtigten Steuerausweises entsteht wegen des vom BFH geprägten eigenständigen Rechnungsbegriffs im Sinne des § 14c UStG bereits dann, wenn das Abrechnungsdokument Angaben zum Rechnungsaussteller, Leistungsempfänger, Leistungsbeschreibung sowie Entgelt und Umsatzsteuerausweis enthält. Das Niedersächsische FG hatte sich in einer aktuellen, nicht rechtskräftigen Entscheidung mit der Frage zu befassen, ob § 14c UStG bei einer völlig unzureichenden Leistungsbeschreibung ausgeschlossen sein kann und dies bejaht. Es soll ein Ausblick auf das anhängige Revisionsverfahren vor dem BFH gewagt werden.

Dr. Henning Frase, LL.M., RA/FAStR/StB

Geänderte Umsatzsteuerlast im grenzüberschreitenden B2C-Online-Geschäft ab 2015 – Wer trägt die Kosten?

Seit 1.1.2015 gelten in Deutschland und der gesamten EU für grenzüberschreitend an Nichtunternehmer (u.a. Privatpersonen) erbrachte elektronische Dienstleistungen neue Umsatzsteuerregeln. Das wirft bei laufenden Verträgen die Frage auf, wer die Kosten der höheren Umsatzsteuerlast trägt, respektive (bei Steuersatzermäßigung) ob der Kunde einen Anspruch auf Preisnachlass hat.

Dipl.-Volksw. **Klaus D. Hahne**, StB

Zur Anwendung von Umsatzsteuer-Befreiungen für Bank- und Finanzdienstleistungen bei Outsourcing-Fällen

Die Anwendung der umsatzsteuerlichen Befreiungen für Bank- und Finanzdienstleistungen gem. § 4 Nr. 8 UStG bei Outsourcing-Fällen bereitet in der Besteuerungspraxis oftmals Probleme. Der EuGH und ihm folgend der BFH haben in ständiger Rechtsprechung die umsatzsteuerliche Befreiung „qualifizierter“ Outsourcing-Dienstleistungen anerkannt. Die angewandte Prüfungsmethodik erfordert jedoch eine umfassende Analyse der Charakteristika der relevanten Befreiungstatbestände und der von dem Outsourcing-Dienstleister übernommenen Teile des Leistungserstellungsprozesses.

Entscheidungen

EuGH: Bei MwSt-Hinterziehung im Bestimmungsmitgliedstaat ist das Recht auf Abzug, Befreiung oder Erstattung im Versandmitgliedstaat zu versagen, auch wenn keine nationalen Vorschriften hierfür bestehen (18.12.2014 – Rs. C-131/13, C-163/13 und C-164/13 – dazu BB-Kommentar von

Priv.-Doz. Dr. David Hummel)

FG Münster: Vorsteuerabzug im Rahmen eines betrügerischen Schneeballsystems (16.10.2014 – 5 K 3875/12 U – dazu BB-Kommentar von

Dr. Barbara Fleckenstein-Weiland, LL.M., RAin/StBin/FAinStR)



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Rechnungslegung

IASB: Red Book 2015 angekündigt

EFRAG: Übernahme von Anpassungen an IFRS 10 und IAS 28

BT: Beratung über Harmonisierung der Rechnungslegung (BilRUG-RegE)

DRSC: Stellungnahme zum BilRUG-RegE

Wirtschaftsprüfung

IAASB: Umfrage zur Anwendung von Qualitätssicherungssystemen gestartet

IDW: IDW ES 12 „Wertermittlungen bei Beteiligungen an einer Immobilien-Gesellschaft“

IDW: Stellungnahme zum Eckpunktepapier des BMWi zur Umsetzung der EU-Abschlussprüferreform

WPK: Stellungnahme zum Eckpunktepapier des BMWi zur Umsetzung der EU-Abschlussprüferreform

WPK: Bericht über die Vorstandssitzung am 13.2.2015 in Berlin

Finanzierung

EU-Kommission: Zwei neue Finanzinstrumente für Investitionen in Umwelt, Klima und Energieeffizienz

Betriebswirtschaft

BStBK/KfW: Gemeinsamer Flyer „Steuerberater als betriebswirtschaftliche Partner“

Aufsätze

Arbeitskreis Bilanzrecht Hochschullehrer Rechtswissenschaft (AKBR) 555

Für eine mehrjährige Bestellperiode des Abschlussprüfers

Nach geltendem deutschem Handelsrecht ist der Abschlussprüfer für die gesetzliche Abschlussprüfung jeweils jährlich neu zu bestellen (vgl. § 318 Abs. 1 HGB). Der AKBR hält diesen gesetzlichen Zwang für nicht mehr zeitgemäß und plädiert für eine Öffnung zu einer mehrjährigen Bestellperiode des Abschlussprüfers.

Torsten Decker, M.A., RA, und Daniel Weitz 556

Gewinnvortrag bei der GmbH & Co. KG: Spannungsfeld zwischen Personenhandelsgesellschaftsrecht und Konzernbilanzierungspraxis

Der Gewinnvortrag und seine Entnahme waren bei Personenhandelsgesellschaften in der Vergangenheit eher seltene Erscheinungen, die in der juristischen Literatur nur wenig – und wenn überhaupt, dann lückenhaft behandelt wurden. Die immer komplexer werdenden Konzernstrukturen, insbesondere auch auf europäischer Ebene, werfen jedoch zunehmend vielschichtige Fragen über den Gewinnvortrag bei Personenhandelsgesellschaften auf. Diese Fragen ergeben sich aus dem Spannungsfeld zwischen dem Personenhandelsgesellschaftsrecht und der Konzernbilanzierungspraxis. In dem Beitrag werden der Gewinnvortrag, sein Charakter als Teil des Eigenkapitals und seine Entstehung gemäß dem Regelstatut der Personenhandelsgesellschaften dargelegt und analysiert. Mit dieser Analyse lässt sich, so die Autoren, ein klares Verständnis des Gewinnvortrags bilden, um den Gewinnvortrag bei der GmbH & Co. KG – auch innerhalb komplexer Konzernstrukturen – sicher zu handhaben.

Entscheidung

BFH: Ergänzungsbilanz bei Anteilserwerb – Abschreibung auf Restnutzungsdauer und Wahlrecht zur AfA-Methode (20.11.2014 – IV R 1/11 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Petra Eckl, RA/StB/FAStR)

559

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Mindestlohn bei Entsendung ins Ausland (12.2.2015 – C-396/13)

LAG Nürnberg: Kündigungsschutzklage gegen Insolvenzverwalter bei Betriebsübergang (9.12.2014 – 6 Sa 550/14)

BAG: Observation durch einen Detektiv mit heimlichen Videoaufnahmen (19.2.2015 – 8 AZR 1007/13)

BAG: Veröffentlichung von Videoaufnahmen eines Arbeitnehmers – Einwilligungserfordernis (19.2.2015 – 8 AZR 1011/13)

LAG Berlin-Brandenburg: Unpfändbarkeit von Ansprüchen auf Zeitzuschläge (9.1.2015 – 3 Sa 1335/14)

ArbG Solingen: Arbeitnehmer verlangt die Kündigung seines Vorgesetzten (20.1.2015 – 3 Ca 1356/13)

Aufsatz

Daniel Happ, RA/FAArbR, und Marijke van der Most, RAin 565

Die Höchstüberlassungsdauer im AÜG – eine „vorübergehende“ Idee?

Drei Jahre sind seit der Einführung des Begriffes „vorübergehend“ in das AÜG vergangen. Drei Jahre der Diskussion in der Literatur, drei Jahre des Dahinstehenlassens in der Rechtsprechung – und damit drei Jahre der Unsicherheit in der Praxis, was, wann und wie „vorübergehend“ ist. Wo keine klaren Grenzen existieren, verschimmt ein legitimes Gestaltungsmittel im vermeintlichen Missbrauch. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 27.11.2013 beabsichtigt nun mit einer Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten die ersehnte Präzisierung vorzunehmen. Doch was scheinbar das optimale, weil einfache Mittel gegen den „missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit“ ist, gefährdet u.U. die Arbeitsplätze der Leiharbeitnehmer. Bei aller Diskussion um die Zweckmäßigkeit wird die Frage nach der Rechtmäßigkeit einer Höchstüberlassungsdauer – völlig zu Unrecht – verdrängt. Die Rechtssache Työtuoimioistuin (Rs. C-533/13) hat hieran nun erinnert und den Blick auf die europäische Dimension dieses aktuellen deutschen Gesetzesvorhabens gelenkt. In diesem Beitrag wird daher der Versuch unternommen, sinnvolle, handhabbare und im Einklang mit der Leiharbeitsrichtlinie (RL 2008/104/EG) stehende Alternativen zu starren Höchstüberlassungsdauern zu entwickeln.

Entscheidungen

BAG: Außerordentliche Kündigung wegen sexueller Belästigung (20.11.2014 – 2 AZR 651/13) 571

BAG: Kein Anspruch auf Einsatz in der Nachtschicht (10.12.2014 – 10 AZR 63/14) 574

BAG: Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Übernahme eines Leiharbeitnehmers (30.9.2014 – 1 ABR 79/12 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Alexander Bissels, FAArbR)** 576

Die Erste Seite

Prof. Dr. W. Christian Lohse

Vielfältige Ungereimtheiten im UMW-Steuerrecht

Jobs der Woche

Impressum/Vorschau

VII

VIII



Journal of
WORLD TRADE

Volume 49

February 2015

Number 1

China in the WTO Dispute Settlement: A Memoir	<i>Yang Guohua</i>	1
Domestic Tobacco Regulation and International Law: The Interaction of Trade Agreements and the Framework Convention on Tobacco Control	<i>Simon Lester</i>	19
Importing Growth: The Critical Role of Imports in a Trade-Led Growth Strategy	<i>Jean-Jacques Hallaert</i>	49
Dispute Resolution in Investment Treaties: Balancing the Rights of Investors and Host States	<i>Razeen Sappideen & Ling Ling He</i>	85
State Responsibility and Government-Affiliated Entities in International Economic Law: The Danger of Blurring the Chinese Wall between 'State Organ' and 'Non-State Organ' as Designed in the ILC Draft Articles	<i>Jaemin Lee</i>	117
The Scope for Trade Restrictions to Address the Lack of Compliance with Fire Safety Standards in Garment Factories of Bangladesh	<i>Md. Rizwanul Islam & Naimul Muquim</i>	153

492/GBP 822.

als Index.

ed, stored in a retrieval system, or
photocopying, recording, or otherwise,

wner. Please apply to:
1 Floor, New York, NY 10011- 5201,

The Relationship between the MFN Principle
and Anti-Dumping Norms of the WTO
Law Revisited

Yury Rovnov 173

China in the

From my eighteen years of work on China WTO cases, from I try to provide in this article system is a peaceful and an members, and China is becoming more and more cases. The 'early days, its first 'exciting' the subsequent 'normal' year area, pointing out the significant better future for both China and

It was the morning of 11 members of the World Trade meeting rooms at the Centre greeted each other. They shook the *U.S.-Steel Safeguards*.¹

The appearances of the a member of the WTO for around the room and found the United States, the respective restricted the import of steel was a 'rival' to China in the

I was one of the case handled Department of Treaty and Law

^{*} Professor, Tsinghua University end of 2013 while I was a Lecturer in Commerce in China. However, professor. The information in i.e., 'I' and 'we'.

¹ *United States – Definitive Safeguards* U.S. imposed definitive safeguards on steel imports from the European Communities, Japan, Korea, and China to the WTO.

² China became a member of the

Guohua, Yang. 'China in the WTO' (2015): 1–18.

Inhalt

EDITORIAL	Jun.-Prof. Dr. Minou Banafsche	
AUFSÄTZE	<i>Prof. Dr. Friedrich E. Schnapp</i> Die Vorstandsvergütung in der gesetzlichen Krankenversicherung im Visier des Bundesversicherungsamtes _____	61
	<i>Dr. Joachim Dürschke/Dr. Helmut Mayer-Metzner</i> Schlichtende Mediatoren oder schlichtweg Mediation? _____	69
	<i>Dr. Daniela Schweigler</i> Datenschutz- und verfassungsrechtliche Grenzen der Überprüfung von E-Commerce-Aktivitäten durch die Jobcenter _____	77
	<i>Virginia Henning</i> Hilfsmittelversorgung zum Ausgleich einer Behinderung in der gesetzlichen Krankenversicherung _____	83
AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN	Übersicht über die jüngste Rechtsprechung <i>Bundessozialgericht</i> _____	90
RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN		
RENTENVERSICHERUNG	<i>Erstattung/Beiträge</i> §§ 26, 27 SGB IV Urteil des 12. Senats des BSG vom 5. 3. 2014 – B 12 R 1/12 R – <i>Anmerkung von Rainer Liebich, Berlin</i> _____	101
GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE	<i>Mehrbedarf kostenaufwändige Ernährung</i> § 21 Abs. 5 SGB II Urteil des 14. Senats des BSG vom 20. 2. 2014 – B 14 AS 65/12 R – <i>Anmerkung von Christian Grube, München</i> _____	107
VERFAHRENSRECHT	<i>Gerichtlicher Vergleich/Verschuldungskosten</i> § 44 SGB X; §§ 94, 192 SGG; § 17 GVG Urteil des 4. Senats des BSG vom 12. 12. 2013 – B 4 AS 17/13 R – <i>Anmerkung von Prof. Dr. Susanne Peters-Lange, Hennef</i> _____	114
SCHRIFTTUM	Haarhoff (Hg.), Organversagen – Die Krise der Transplantationsmedizin in Deutschland ____	120
	Cremer/Goldschmidt/Höfer, Soziale Dienstleistungen, Ökonomie, Recht, Politik _____	121
	Schlegel/Voelzke (Hg.), jurisPraxisKommentar SGB VIII, Kinder- und Jugendhilferecht ____	122
	Fieseler/Schleicher/Busch/Wabnitz (Hg.), Kinder- und Jugendhilferecht _____	123
GESAMTSCHAU	_____	V

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Privates Baurecht · Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer · Vergabewesen

NZBau 2/2015

Februar 2015 · 16. Jahrgang 2015 · Seite 57–128

Redaktion: Rechtsanwältin Elisabeth Jackisch, M. A.; Rechtsanwältin Kerstin Korn, Frankfurt a. M.

Mit Beilage: NZBau-Register 2014

Inhalt

Editorial	<i>H.-J. Prieß</i> , Was heißt und welchem Zweck dient das „grenzüberschreitende Interesse“?	57	
Aufsätze	<i>P. Kiiver/J. Kodym</i> , Die Ermittlung des Preis-Leistungs-Verhältnisses von Angeboten – Plädoyer für ein Divisionsverfahren mit Anpassung an die Gewichtung der Zuschlagskriterien	59	
	<i>S. Haak</i> , Vergaberecht in der Energiewende – Teil II – Energieeffiziente Beschaffung und Ausschreibungsmodelle nach dem EEG 2014	64	
	<i>S. Althaus</i> , Die Festsetzung der angemessenen Entschädigung nach § 642 BGB als richterliche Ermessensentscheidung	67	
	<i>W. Langen</i> , Gesamtschuld der Planungs- und Baubeteiligten – Eine kritische Bestandsaufnahme (Teil 2)	71	
	Entscheidungsanmerkung	<i>S. Mager/S. Ganschow</i> , Das Aus für den vergabespezifischen Mindestlohn?	79
Literatur	F.-K. Scholtissek, HOAI – Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (<i>A. Wronna</i>)	83	
	Chr. Besemer et al., Politische Mediation (<i>P. Hammacher</i>)	83	
Rechtsprechung			
Privates Baurecht			
BGH	4. 12. 14 – VII ZR 4/13	Rechtskrafterstreckung eines Urteils auf Aberkennung von Gegenforderungen	84
OLG Koblenz	6. 11. 14 – 6 U 245/14	Leistungsverweigerungsrecht wegen abgelehnter Nachtragsverhandlungen	88
OLG Brandenburg	17. 12. 14 – 4 U 1/14	Hinweispflicht bezüglich nicht vollständiger Mängelbeseitigung	92
OLG Düsseldorf	13. 6. 14 – I-22 U 150/13	Trennbare AGB-Klauseln betreffend Bedingungen einer Erfüllungssicherheit	95

Recht der Architekten, Ingenieure und Projektsteuerer

OLG Düsseldorf	23.10.14 – I-5 U 84/10	Architektenhaftung bei unzureich. Planung gegen drückendes Grundwasser	98
OLG Hamm	19.11.14 – I-12 U 58/14	Kein Zusatzhonorar für Mängelbeseitigung überwachenden Architekten	103
OLG Düsseldorf	14.10.14 – I-22 U 104/14	Nachweis für Umfang der beauftragten Architektenleistung	105

Vergaberecht

EuGH	11.12.14 – C-440/13	Keine Zuschlagspflicht ggü. einzig verblieb. Bieter – Croce Amica One Italia	109
BGH	18.11.14 – EnZR 33/13	Bekanntgabepflicht bei vorzeitig beend. Konzessionsvertrag – Stromnetz W.	113
BGH	7.10.14 – EnZR 86/13	Nichtiger Konzessionsvertrag bei Verstoß gg. Transparenzgebot – Stromnetz O.	115
LG Saarbrücken	6.11.14 – 3 O 260/11	Sittenwidrigkeit eines Projektsteuerungsvertrags – Galerie der Gegenwart	121
LG Köln	18.12.14 – 14 O 193/14	Kein Urheberrechtsschutz für Leistungsbeschreibungen – Wach- und Sicherungsdienstleistungen	126

Umschlaginformationen

NZBau aktuell

V

Fachanwalts-Lehrgang Bau- & ArchitektenR

Frankfurt/M.	Start: 08.10.2015
Hannover	Start: 11.06.2015
München	Start: 19.11.2015
Stuttgart	Start: 23.04.2015

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

ARBER
seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBER-seminare.de
www.ARBER-seminare.de

„Ich mache meine 15 Stunden in nur 2 Tagen“



Nicht vergessen:
ab diesem Jahr
15 Stunden FAO

► § 15 FAO-Seminare 2015
jetzt online

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

ARBER
seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBER-seminare.de
www.ARBER-seminare.de

ISSN 1439-6351

NZBau – Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

Geschäftsführender Herausgeber:
Rechtsanwalt Prof. Dr. Klaus D.
Kapellmann, Viersener Straße 16,
41061 Mönchengladbach, Telefon:
(021 61) 8 11-6 01, Telefax: (021 61)
8 11-7 99.
E-Mail: mg@kapellmann.de

Verlagsredaktion: (verantwortlich für den
Textteil): Rechtsanwältin Elisabeth
Jackisch, M.A. (Rechtsprechung),
Rechtsanwältin Kerstin Korn (Auf-
sätze und Schlussredaktion); Rechts-
anwalt Dr. Hans von Gehlen.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frank-
furt a. M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0,
Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NZBau@Beck-Frankfurt.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die
Redaktion zu senden. Der Verlag
haftet nicht für Manuskripte, die
unverlangt eingereicht werden. Sie
können nur zurückgegeben werden,
wenn Rückporto beigefügt ist. Die
Annahme zur Veröffentlichung muss
schriftlich erfolgen. Mit der Annahme
zur Veröffentlichung überträgt der
Autor dem Verlag C.H.BECK an sei-
nem Beitrag für die Dauer des gesetz-
lichen Urheberrechts das exklusive,
räumlich und zeitlich unbeschränkte

Recht zur Vervielfältigung und Ver-
breitung in körperlicher Form, das
Recht zur öffentlichen Wiedergabe
und Zugänglichmachung, das Recht
zur Aufnahme in Datenbanken, das
Recht zur Speicherung auf elektro-
nischen Datenträgern und das Recht
zu deren Verbreitung und Vervielfäl-
tigung sowie das Recht zur sonstigen
Verwertung in elektronischer
Form. Hierzu zählen auch heute
noch nicht bekannte Nutzungsfor-
men. Das in § 38 Abs. 4 UrhG nieder-
gelegte zwingende Zweitverwertungs-
recht des Autors nach Ablauf von
12 Monaten nach der Veröffentli-
chung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in
dieser Zeitschrift veröffentlichten Bei-
träge sind urheberrechtlich geschützt.
Das gilt auch für die veröffentlichten
Gerichtsentscheidungen und ihre Lei-
sätze, denn diese sind geschützt, so-
weit sie vom Einsender oder von der
Schriftleitung erarbeitet oder redigiert
worden sind. Der Rechtsschutz gilt
auch gegenüber Datenbanken und
ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil
dieser Zeitschrift darf außerhalb der
engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form
vervielfältigt, verbreitet oder öffent-
lich wiedergegeben oder zugänglich
gemacht, in Datenbanken aufge-

nommen, auf elektronischen Daten-
trägern gespeichert oder in sonstiger
Weise elektronisch vervielfältigt, ver-
breitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK,
Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9,
80801 München, Postanschrift: Post-
fach 40 03 40, 80703 München.
Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81
89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen,
technische Daten: Telefon (0 89) 3 81
89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599,
E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wil-
helmstr. 9, 80801 München, Post-
anschrift: Postfach 40 03 40, 80703
München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0,
Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Post-
bank München: Nr. 6 229-8 02, BLZ
700 100 80.

Erscheinungsweise: Monatlich.

Bezugspreise 2015: Jährlich € 279,-
(darin € 18,25 MwSt.). Einzelheft:
€ 27,- (darin € 1,77 MwSt.). Ver-
sandkosten jeweils zuzüglich. Die
Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn
eines Bezugszeitraumes. Nicht einge-
gangene Exemplare können nur in-
nerhalb von 6 Wochen nach dem Er-
scheinungstermin reklamiert werden.

Jahresteile und -register sind nur
noch mit dem jeweiligen Heft liefer-
bar.

Bestellungen über jede Buchhandlung
und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor
Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns
rechtzeitig Ihre Adressenänderungen
mit. Dabei geben Sie bitte neben dem
Titel der Zeitschrift die neue und die
alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Post-
dienste-Datenschutzverordnung: Bei
Anschriftenänderung des Beziehers
kann die Deutsche Post AG dem Ver-
lag die neue Anschrift auch dann
mitteilen, wenn kein Nachsendean-
trag gestellt ist. Hiergegen kann der
Bezieher innerhalb von 14 Tagen
nach Erscheinen dieses Heftes beim
Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse
wie Verlag). Lieferanschrift: Versand
und Warenannahme, Bergerstr. 3-5,
86720 Nördlingen.

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 5/2015



Inhalt

Aufsätze		<i>K. Uffmann</i> , Überwachung der Geschäftsführung durch einen schuldrechtlichen GmbH-Beirat? 169	
		<i>K. von der Linden</i> , Kann die Satzung eine Börsennotierung vorschreiben? 176	
		<i>R. Thiele/M. König</i> , Die Anforderungen an die Bezeichnung der zu übertragenden Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens gem. § 126 I Nr. 9 UmwG 178	
Bericht		<i>A. Commandeur/J. J. Hübler</i> , Aktuelle Entwicklungen im Insolvenzrecht – Gesellschaftsrechtliche Umwandlung im Rahmen eines Insolvenzplans – Der Fall Suhrkamp 185	
Literatur		<i>M. M. Pitkowitz</i> , Praxishandbuch Vorstands- und Aufsichtsratschaftung (<i>M. Peltzer</i>) 188	
		<i>C. Tollmann u.a.</i> , AIFM-Richtlinie, <i>W. Weitnauer u.a.</i> , KAGB (<i>D. Zetzsche</i>) 188	
Rechtsprechung			
		<i>Personengesellschaftsrecht</i>	
KG	23. 9.14– 1 W 283/14	Einräumung eines Leibgedings durch GbR	189
LG Bonn	3. 9.14– 6 T 218/14	Veräußerungsverbot bei Zwangsversteigerung eines in GbR-Eigentum stehenden Grundstücks	191
VGH München	3. 9.14– 8 CS 13.2535	Richtige Störerauswahl im Rahmen einer wasserrechtlichen Anordnung gegenüber einer GbR (Ls.)	193
		<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>	
OLG Stuttgart	1. 10.14– 20 U 3/13	Ermessensausübung bei Herabsetzung der Vorstandsvergütung	194
KG	8. 5.14– 12 U 22/13	Stimmverbot für GmbH-Gesellschafter bei Interessenkollision	198
		<i>Grundbuchrecht</i>	
OLG Düsseldorf	21. 8.14– I-3 Wx 190/13	Nachweis der Vertretungsberechtigung einer (ausländischen) Gesellschaft gegenüber dem Grundbuchamt	199
OLG München	24. 10.14– 34 Wx 398/14	Löschung von Verfügungsbeschränkungen an Gesellschaftsanteilen	200
		<i>Handels- und Registerrecht</i>	
OLG Düsseldorf	18. 2.14– I-3 Wx 154/13	Ermessen des Registergerichts bei der Eintragung einer Satzungsänderung	202

OLG Düsseldorf	12. 5.14 – I-26 W 7/14 (AktE)	Berichtigung bei versehentlich nicht ausgesprochener Beschwerdezulassung im Auskunftsverfahren	204
----------------	----------------------------------	--	-----

Insolvenzrecht

BGH	8. 5.14 – IX ZB 35/12	Vollstreckbarerklärung einer Entscheidung des High Court of Justice in Deutschland	205
-----	-----------------------	--	-----

Steuerrecht

BFH	22. 10.14 – IIR 16/13	Vorlage der Vorschriften über die Einheitsbewertung an das BVerfG zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit (Ls.)	207
BFH	27. 8.14 – IIR 44/13	Steuerliche Folgen des verbilligten Verkaufs eines Grundstücks einer GmbH an ausscheidenden Gesellschafter	207
BFH	17. 7.14 – VIR 69/13	Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit: Zuwendung einer Ehrenmitgliedschaft in einem Golfclub (Ls.)	208

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.; Telefon: (0 69) 75 60 91-0; Telefax: (0 69) 75 60 91-49; E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6 229-8 02, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2015: Jährlich € 385,- (darin € 25,19 MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 359,- (darin € 23,49 MwSt.). Einzelheft: € 14,- (darin € 0,92 MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Adressenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.

OIZ



ÖSTERREICHISCHE IMMOBILIEN ZEITUNG

P.b.b. Zul.-Nr. GZ GZ 12Z039149 M
Österr. Wirtschaftsverlag, Grünbergstr.15, 1120 Wien
Retouren an Pf. 100, 1350 Wien, Postnummer 01
HEFTPREIS: € 11,-
81. JAHRGANG

AUSGABE

01-02
2015

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-7122

BAUTRÄGER

Warum die Immobilienwirtschaft
Normen und Standards braucht.

MAKLER

IMMY: In Wien wurden die besten
Makler der Stadt gekürt.

Viele Kleinigkeiten mit großer Wirkung

Hinsichtlich der weiteren
Vereinfachung und Automatisierung
von administrativen Abläufen
sowie des Kundenservice
von Hausverwaltern sehen
Softwareanbieter noch
Spielraum nach oben.



Vorsorge | Zinshäuser | Eigentum
Die beste Investition für Ihre Zukunft!
www.ehl.at

An International
Associate of **savills**

Wir leben
Immobilien.



AKTUELLES

- 6 Dieses Jahr hat es in sich
Ein Kommentar von Michael Pisecky.
- 8 Umfrageergebnis
Gesuchte Mietwohnungen haben durchschnittlich 72 Quadratmeter.
- 9 Immo-App des Monats
Yelp informiert mit Augmented Reality über die Umgebung.
- 10 Personalie
Mario Zoidl ist neuer Obmann der Immobilien- und Vermögenstreuhänder in Oberösterreich.

THEMA

- 12 Wieder WIM
Die Wiener Immobilienmesse geht in die dritte Runde.
- 14 Immobilienmarkt 2015:
Mehr Angebot drückt auf die Preise
Der Re/Max-Immobilienpreisspiegel blickt in das vergangene und in das aktuelle Jahr.
- 18 Aktionsplan „Wohnen“
Der ÖVI fordert dringend einen nationalen Aktionsplan zum Thema „Wohnen“.
- 36 Ein Abend im Banne des IMMY
Ende Jänner zeichnete die Fachgruppe Wien der Immobilien- und Vermögenstreuhänder erneut die besten Makler der Bundeshauptstadt aus.
- 42 So einfach kann zyklisch sein
Das Institut für Immobilienwirtschaft der FHWien entwickelte ein vereinfachtes Modell für den Wiener Büromarkt, um den optimalen Zeitpunkt für Mietvertragsverlängerungen besser bestimmen zu können.
- 44 Es gibt (nicht) immer etwas zu tun!
Der OGH befasst sich in einer aktuellen Entscheidung mit der Räum- und Streupflicht des Vermieters für Wege innerhalb einer Wohnhausanlage.
- 46 Änderungen bei Hauptwohnsitz und Umwidmung
Ein Steuertipp von TPA Horwath.

NIEDERÖSTERREICH SPECIAL

- 16 Die Geschichte einer Annäherung
Die Eröffnung der Hochleistungsbahnstrecke vor zwei Jahren rückte St. Pölten quasi in Vorortnähe von Wien.

COVERSTORY

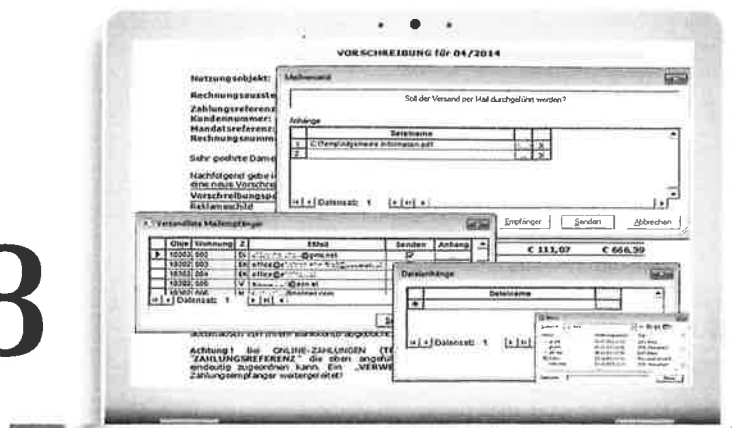
- 38 Viele Kleinigkeiten mit großer Wirkung
Hinsichtlich einer weiteren Vereinfachung und Automatisierung von administrativen Abläufen sowie des Kundenservice vom Hausverwalter sehen Softwareanbieter noch Spielraum nach oben.

TIPPS & EVENTS

- 48 Greet Vienna 2015
Die Veranstaltung geht am 20. und 21. Mai in Wien über die Bühne.

RECHT & SERVICE

- 21 Vorwort
Von Bundesobmann Prof. Mag. Thomas Malloth.
- 22 Rechtsfragen aus der Praxis
Mag. Rudolf North, Geschäftsführer der Fachgruppe Wien, antwortet.
- 24 Die Wohnrechtsnovelle 2015
Ein OIZ-Rechtstipp von FH-Doz. Mag. Christoph Kothbauer.
- 25 Immer der Norm nach ...
Die Teilnahme an der Normung bietet jeder und jedem die Möglichkeit, heute die Immobilienstandards von morgen mitzugestalten.
- 30 Serviceindizes
- 34 Karneval
Ein Kommentar von Mag. Hans Jörg Ulreich.





Journal of Business Law

Issue 2 2015

Table of Contents

Articles

The Incorporation of Terms into Commercial Contracts: A Reassessment in the Digital Age <i>Faye Fangfei Wang</i>	87
How the Company Became an Entity: A New Understanding of Corporate Law <i>Susan Watson</i>	120
The Political Economy of Takeover Regulation: What Does the Mandatory Bid Rule in China Tell Us? <i>Chao Xi</i>	142
Equitable Compensation for Breach of Trust: Still Missing the Target? <i>Adam Shaw-Mellors</i>	165
Directors' Duty to Act in the Interests of the Company: Subjective or Objective? <i>Ian Ramsay and Rosemary Teele Langford</i>	173
Book Reviews	183

D
R
; Oxford

of Leicester

essor of Law, University of Auckland.
eeturer in Law, University of East Anglia, Solicitor,
Law, Liverpool Law School, Barrister,
r Emeritus of Law, London School of Economics,
essor Emeritus of Law, Cardiff University, Solicitor.
ommercial Law, Aston Business School.
r of Law, Hong Kong University.
don School of Economics.

essor Emeritus of Law, De Montfort University,
iversity of Auckland.

aw, University of Birmingham.

of Law, Kings College, London, Barrister,
, MCI, Professor Emeritus of Commercial Law,

r Emeritus of Commercial Law, University of

tual Property Consultant, Olswang, London.

ercial and Maritime Law, University of Southampton.

ofessor of Law, University College Dublin, Barrister.

meritus of Law, St John's College, Cambridge.

sturer in Law, University of Edinburgh.

st of the world £770/US \$1,302.
rest of the world £1,118/US \$1,890.

 THOMSON REUTERS



Praxis des
Internationalen
Privat- und
Verfahrensrechts

IPRax

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Dieter Henrich
Prof. Dr. Burkhard Hess
Prof. Dr. Bernd von Hoffmann (†)
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Erik Jayme
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Herbert Kronke
Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel
Prof. Dr. Karsten Thorn

Schriftleitung:

Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel
Institut für internationales und
ausländisches Privatrecht
der Universität zu Köln
Gottfried-Keller-Straße 2
D-50931 Köln

Beirat:

Dr. Thomas Försterling
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhold Geimer
Dr. Rainer Hüßtege
Vors. Richter am OLG
Prof. Dr. Jörg Pirrung
Richter am EuG i. R.
Dr. Dietrich Schefold
Rechtsanwalt

Abhandlungen

H.-P. Mansel/K. Thorn/R. Wagner:
Europäisches Kollisionsrecht 2014:
Jahr des Umbruchs 1

A. Dutta: Die europäische Erb-
rechtsverordnung vor ihrem
Anwendungsbeginn: Zehn
ausgewählte Streitstandsminiaturen 32

P. Mankowski: Der gewöhnliche
Aufenthalt des Erblassers unter
Art. 21 Abs. 1 EuErbVO 39

B. Hess/K. Raffelsieper: Die Euro-
päische Kontenpfändungs-
verordnung: Eine überfällige
Reform zur Effektuierung grenz-
überschreitender Vollstreckung
im Europäischen Justizraum 46

Entscheidungsrezensionen

C. Kohler: Abschied von der
autonomen Auslegung des Begriffs
„Zivil- und Handelssachen“ in
Art. 1 EuGVVO? (EuGH, S. 84) 52

M. Grünberger: Zuständigkeits-
begründender Erfolgsort bei
Urheberrechtsverletzungen
(EuGH, S. 87, und Cour de
cassation, 22.1.2014 – 10-15.890) 56

C. Thole: Die internationale
Zuständigkeit für Vertragsstrafe-
und Unterlassungsklagen von
Wettbewerbsverbänden (KG, S. 90) 65

M. Requejo: On Exequatur and
the ECHR: Brussels I Regulation
before the ECtHR (EGMR,
25.2.2014 – n° 17502/07) 69

F. Niggemann: Ausländische
Beweissicherungsmaßnahmen
im Rahmen der EuGVVO: Neue
Ansätze, aber noch immer keine
überzeugende Lösung
(OLG München, S. 93) 75

S. Nietner: Erbrechtliche Nachlass-
spaltung durch Rechtswahl –
Schicksal nach der EuErbVO?
(OLG Hamm, S. 96) 79

Rezensierte Entscheidungen
(s. Seite III) 84

Blick in das Ausland

R.A. Schütze: Zur cautio iudicatum
solvi im österreichischen Recht
(OGH, S. 99) 100

Mitteilungen (s. Seite III) 103

Internationale Abkommen 104

Schrifttumshinweise 105

Neueste Informationen II, VII ff.



Nachruf

Gerhard Herdegen

Aufsätze

Börner, Aktuelles zum Beweisantrag

Kirchner, Das Selbstleseverfahren – Blackbox der Beweisaufnahme

Entscheidungen

Verfassungsrecht

GG Artt. 2, 10, 20; StPO § 119: Die Bezugnahme auf die Natur des Tatvorwurfs stellt keine ausreichend konkrete Einzelfallprüfung dar, die Beschränkungen der Untersuchungshaft rechtfertigen kann

BVerfG [3. Kammer des 2. Senats], Beschl. v. 30.10.2014 – 2 BvR 1513/14

GG Artt. 2, 12, 13, 20; StPO § 103: Keine Beschlagnahme von „Geschäftsunterlagen“ des Schuldigen beim Verteidiger
BVerfG [3. Kammer des 2. Senats], Beschl. v. 6.11.2014 – 2 BvR 2928/10

Verfahrensrecht

StPO § 37; ZPO §§ 175, 179: Keine Zustellungsfiktion bei einem nicht abgeholt Schriftstück, das per Einschreiben mit internationalem Rückschein zugestellt werden soll
LG Rostock, Beschl. v. 17.12.2014 – 13 Qs 227/14

StPO § 102: Anonyme Anzeige und Durchsuchung
LG Bad Kreuznach, Beschl. v. 10.12.2014 – 2 Qs 134/14

StPO §§ 111f, 111d; ZPO § 850b: Pfändungsschutz für das Konto eines Dritten
LG Braunschweig, Beschl. v. 3.11.2014 – 8 Qs 197/14

StPO § 126; GVG § 22c: Im gemeinsamen Bereitschaftsdienst mehrerer Amtsgerichte wird der jeweilige Richter als Vertreter des örtlich zuständigen Richters tätig
LG Arnberg, Beschl. v. 21.1.2015 – II-2 AR 1/15

StPO §§ 140, 257c: Allein die Urteilsabsprache zwingt nicht zur Beordnung eines Verteidigers (entgegen OLG Naumburg StraFo 2014, 21)
OLG Bamberg, Beschl. v. 3.12.2014 – 1 Ws 622/14

StPO §§ 264, 265: Tatzeitveränderung bei gleichartigen Serientaten hebt die Tatidentität auf
BGH, Urt. v. 20.11.2014 – 4 StR 153/14

StPO §§ 264, 265: Veränderung eines tatsächlichen Umstandes und Hinweispflicht
BGH, Urt. v. 20.11.2014 – 4 StR 234/14 (LG Bielefeld)

StPO §§ 329, 338 Nr. 5: Die konventionsfreundliche Auslegung des § 329 StPO verletzt das Anwesenheitsrecht
Brandenburgisches OLG, Beschl. v. 18.11.2014 – (2) 53 Ss 59/14 (39/14)

StPO § 344 Abs. 2: Gefahren einer geschlossenen und vorangestellten Darstellung der Verfahrenstatsachen
BGH, Urt. v. 4.9.2014 – 1 StR 75/14

StPO §§ 406e, 475: Akteneinsichtsrecht des Insolvenzverwalters
OLG Köln, Beschl. v. 16.10.2014 – 2 Ws 396/14

45	GVG § 178: Keine Ungebühr, wenn sich der Angeklagte nach einer Sitzungspause beim Wiedereintritt des Gerichtes nicht erhebt OLG Karlsruhe, Beschl. v. 5.1.2015 – 2 Ws 448/14	74
46	IRG § 73: Gegenwärtig kommt eine Auslieferung nach Bulgarien, soweit der Verfolgte in der Vollzugsanstalt von Varna inhaftiert werden würde, nicht in Betracht OLG Celle, Beschl. v. 16.12.2014 – 1 Ausl 33/14	75
52	IRG § 83: Verurteilung in Abwesenheit nach erstinstanzlichem Freispruch OLG Köln, Beschl. v. 19.8.2014 – 6 AuslA 45/14 – 32	77
	Materielles Strafrecht/Strafrechtliche Nebengebiete	
	StGB §§ 176a, 177: Schmerzhaft anale Penetrationshandlungen gegenüber Kindern können eine körperlich schwere Misshandlung darstellen BGH, Urt. v. 9.12.2014 – 5 StR 422/14 (BGHSt, nur Ls)	78
59	StGB § 184: Die vom Kind eingenommene Stellung muss objektiv einen eindeutigen Sexualbezug aufweisen BGH, Beschl. v. 3.12.2014 – 4 StR 342/14	78
61	StGB § 263: Betrug im Bereich gleichförmiger, massenhafter oder routinemäßiger Geschäfte, die von selbstverständlichen Erwartungen geprägt sind BGH, Beschl. v. 4.9.2014 – 1 StR 314/14	79
	StGB § 265a: Wer nur vergisst, seinen Fahrausweis zu entwerthen, handelt straflos LG Bonn, Urt. v. 24.11.2014 – 26 Ns-117 Js 2338/13 – 140/14	81
63	StVG § 2; StVO § 23: Telefonierender Fahrlehrer BGH, Beschl. v. 23.9.2014 – 4 StR 92/14 (BGHSt, nur Ls)	82
64	OWiG § 130: Für den Umfang der Aufsichtspflicht sind die tatsächlichen Verhältnisse im Konzern maßgeblich OLG München, Beschl. v. 23.9.2014 – 3 Ws 599 und 600/14	82
	Strafvollstreckung/Strafvollzug	
66	StPO § 453: Gelegenheit zur mündlichen Anhörung vor einem Bewährungswiderruf ist nicht gewährt, wenn dem Verurteilten mitgeteilt wird, er könne einen Termin vereinbaren (Aufgabe der bisherigen Rechtsprechung, nur Ls) HansOLG Hamburg, Beschl. v. 9.12.2014 – 2 Ws 198-199/14	84
67	StPO § 458: Aussetzung der Nachholung der Strafvollstreckung bei Begutachtung nach § 454 Abs. 2 StPO OLG Oldenburg, Beschl. v. 27.8.2014 – 1 Ws 399/14	84
68	StPO § 458; EGGVG § 23: Entscheidungen zu einem Vollstreckungshaftbefehl gegen einen Ausgewiesenen sind nach § 458 angreifbar, nicht nach §§ 23 ff. EGGVG OLG Oldenburg, Beschl. v. 18.12.2014 – 1 VAs 18/14	85
	Gebühren- und Kostenrecht	
70	RVG § 22; VV Nr. 4143: Verteidigung gegen Adhäsionsklagen mehrerer Geschädigter durch einen beigeordneten Rechtsanwalt ist gebührenrechtlich nur eine Angelegenheit OLG Stuttgart, Beschl. v. 18.12.2014 – 2 Ws 74/14	86
	Rezension	
72	Burhoff (Hrsg.), Handbuch für das straßenverkehrsrechtliche OWi-Verfahren (Pießkalla)	87



Aufsätze

VON LEWINSKI
Staat als Zensurhelfer – Staatliche Flankierung der Löschpflichtigen Privater nach dem Google-Urteil des EuGH 1

PEIFER
Kleine Münze oder Snippets? – Der urheberrechtliche Werkbegriff und das Leistungsschutzrecht..... 6

VON PENTZ
Ausgewählte Fragen des Medien- und Persönlichkeitsrechts im Lichte der aktuellen Rechtsprechung des VI. Zivilsenats 11

Blick nach Brüssel 23

Medienkartellrecht 27

Nachrichten

AfP-Newsletter..... 29

EU-Kommissar Oettinger plant neues EU-Urheberrecht..... 29

Sachverständigen-Anhörung im Ausschuss „Digitale Agenda“ 29

Wissenschaftler fordern Umstrukturierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks..... 29

Resolutionsentwurf des Europarats zum Schutz des offenen Internet 30

Entscheidungen

EGMR, Dritte Sektion, 18.2.2014 – Individualbeschwerde 43912/10
Zu den Voraussetzungen der Äußerung von Werturteilen 30

BGH, 11.11.2014 – VI ZR 18/14
Zu Reichweite eines vertraglich vereinbarten Unterlassungsgebotes 33

BGH, 18.11.2014 – VI ZR 76/14
Zum Anspruch auf Mitteilung über den Ausgang einer zulässigen Verdachtsberichterstattung..... 36

BGH, 16.12.2014 – VI ZR 39/14
Zur überspitzten Kritik an den gewerblichen Leistungen und das Geschäftsgebahren eines Unternehmens 41

OLG Köln, 5.9.2014 – 6 U 205/13
Zu den Voraussetzungen des Werktitelschutzes bei einer App 44

OLG München, 9.9.2014 – 18 U 516/14
Zum Unterlassungsanspruch gegen eine Warentestberichterstattung 47

OLG Karlsruhe, 8.10.2014 – 6 U 145/13
Zum Freiraum der Medien bei der Bebilderung und Personalisierung von Beiträgen 55

OLG München, 10.10.2013 – 6 U 2260/13
Zur Angemessenheit einer Vergütung für die Nutzung von Fotos eines Berufsfotografen..... 60

OLG Köln, 9.12.2014 – 15 U 148/14
Zur Zulässigkeit spontaner Negativäußerungen in einer Fernsehsendung über einen Betroffenen..... 63

LG München I, 30.7.2014 – 25 O 8917/14
Zu den Anforderungen an eine wirksame Vollziehung einer Unterlassungsverfügung 65

LG Köln, 27.8.2014 – 28 O 167/14
Zur Veröffentlichung eines Fotos über einen Krankenbesuch bei Angehörigen 66

LG Hamburg, 21.11.2014 – 324 O 435/14
Zur Erheblichkeit unwahrer Tatsachen als Voraussetzung für einen Unterlassungsanspruch..... 69

LG München I, 24.11.2014 – 9 O 19238/14
Zum Anspruch auf Wiedergabe einer Gegendarstellung in einer App..... 71

BVerwG, 23.7.2014 – 6 C 31.13
Zur Erkennbarkeit des mit einer Produktplatzierung verfolgten Werbezwecks 73

BVerwG, 1.10.2014 – 6 C 35.13
Zum Auskunftsanspruch der Presse auf Nennung einer Person eines strafgerichtlichen Verfahrens 80

OVG Berlin-Brandenburg, 7.3.2014 – 6 S 48.13
Zum Umfang eines presserechtlichen Auskunftsanspruchs gegen ein öffentliches Unternehmen 84

OVG Rheinland-Pfalz, 10.7.2013 – 2 A 11197/12.OVG
Zur Streitwertberechnung bei Verfahren um die Einräumung von Drittsendezeiten 87

VGH Baden-Württemberg, 11.9.2013 – 1 S 509/13
Zur Berücksichtigung privater Interessen bei einem presserechtlichen Auskunftsanspruch 89

Literatur 98

Impressum..... 100

Ihr AfP-Newsletter



Alles Wichtige aus dem Medien- und Kommunikationsrecht.
Zweimal im Monat, kostenlos.

Einfach abonnieren unter www.afp-medienrecht.de





Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

ZIP

36. Jahrgang
Heft 8
20. Februar 2015

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt
Prof. Dr. Wolfram Timm

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeyden
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH: Mindestlohn entsandter Arbeitnehmer.	A 15	Nr. 52
BGH: Bereicherungsanspruch einer Bank gegen vorläufigen Insolvenzverwalter	A 15	Nr. 53
BGH zur Zumutbarkeit einer verjährungshemmenden Klage der Bank	A 15	Nr. 54
BGH zum Streitwert für Klage des geschäftsführenden Gesellschaf- ters gegen Ausschluss	A 15	Nr. 55
BGH zur Kündigung bei unverschuldeter Geldnot des Mieters. . . .	A 16	Nr. 56
OLG Frankfurt/M.: Unwirksame Abberufung eines Bankvorstands. . .	A 16	Nr. 57
RefE zur Umsetzung der Änderungen der Transparenzrichtlinie. . .	A 16	Nr. 58

Aufsätze

<i>Georg Bitter, Mannheim</i>	Wirksamkeit von Rangrücktritten und vorinsolvenzlichen Durchsetzungs- sperrern	345
<i>Lars Leuschner, Osnabrück</i>	Ist der ADAC zu Recht ein eingetragener Verein?	356

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

VG 26. 11. 2013 – 9 L 2958/13.F Frankfurt/M.	Erlaubnispflichtiges Einlagengeschäft – Unwirksamkeit sog. qualifizierter Rangrücktritte mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre	367
---	--	-----

Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Such-
funktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

LG Hamburg	16. 1. 2013 – 332 O 72/12	Erlaubnispflichtiges Einlagengeschäft – Unwirksamkeit sog. qualifizierter Rangrücktritte mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre	368
---------------	---------------------------	---	-----

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	15. 9. 2014 – II ZR 112/13	Geltung des Sorgfaltsmaßstabs für Vorstandsmitglieder einer AG auch für Sparkassenvorstände	370
OLG Frankfurt/M.	18. 12. 2014 – 21 W 34/12	Bemessung der Barabfindung unter rückwirkender Anwendung eines neuen Bewertungsstandards mit wissenschaftlich anerkanntem Erkenntnisfortschritt	371
OLG Nürnberg	19. 11. 2014 – 12 W 2217/14	Zu Widersprüchen in der elektronischen Handelsregisteranmeldung und der damit verknüpften XML-Strukturdatei	374
OLG Stuttgart	21. 3. 2014 – 20 U 8/13	Nichtigkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses bei Fehlen der Unterschrift des Notars bzw. Aufsichtsratsvorsitzenden auch bei der „Ein-Mann-AG“ (LS)	378

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	15. 10. 2014 – XII ZR 163/12 +	Vermieterpfandrecht des Grundstückserwerbers trotz Sicherungsübereignung des Inventars vor dem veräußerungsbedingtem Vermieterwechsel	378
-----	--------------------------------	--	-----

Insolvenz- und Sanierungsrecht

EuGH GA	27. 11. 2014 – Rs C-557/13	Zur Insolvenzanfechtung bei Ablauf der Ausschlussfrist im Staat des Rechtsgeschäfts, hier: Österreich („Lutz“)	381
BFH	18. 12. 2014 – X B 89/14	Einkommensteuer auf Mitunternehmer-Gewinnanteile nach Eröffnung der Insolvenz des Gesellschafters als Masseverbindlichkeit	389
OLG Koblenz	5. 1. 2015 – 3 W 616/14	Zur Pflicht des Insolvenzverwalters zur zeitnahen Erstellung einer Schlussrechnung	392
AG Charlottenburg	9. 2. 2015 – HRB 153203 B	Zu „gesellschaftsrechtlich zulässigen“ Regelungen im Insolvenzplan – Abgrenzung der Prüfungscompetenz von Registergericht und Insolvenzgericht	394

Arbeits- und Sozialrecht

LSG Stuttgart	16. 12. 2014 – L 11 R 157/14	Zur Nachforderung von Sozialversicherungsbeiträgen für die Zeit nach Insolvenzeröffnung	396
------------------	------------------------------	---	-----

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

BGH	10. 12. 2014 – XII ZR 136/12	Unterbrechung des gesamten Rechtsstreits wegen Insolvenzeröffnung trotz nur eines von mehreren zusammen geltend gemachten Ansprüchen mit Bezug zur Insolvenzmasse	399
BGH	18. 12. 2014 – VII ZR 102/14 +	Zur Bindungswirkung einer Streitverkündung in selbstständigem Beweisverfahren (LS)	400

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt je eine Beilage der Eidenmüller Hacke Engel GbR, München, der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, und der RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH, Köln, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!



INHALT 4 · 2015

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

III
VII

Brigitte Borgmann / Antje Jungk / Michael
Schwaiger, **Anwaltschaft.**
Rechtsanwalt Dr. Matthias Wiemers, Darmstadt/
Berlin

S. 235

Aufsätze

RiBVerwG Dr. Dieter Deiseroth, Leipzig
Alles legal? – Zu den rechtlichen Befugnissen und
Grenzen der US-Nachrichtendienste in Deutschland S. 197

Prof. Dr. Norbert Ullrich, Göttingen/Hamm-Münden
Die Verpflichtung der Exekutive und Legislative zum
Schutz deutscher Bürger vor der Ausspähung durch
ausländische Geheimdienste S. 204

Prof. Dr. Christoph Moench, Berlin
Umlagefähigkeit der Kosten gemäß StandAG S. 213

Prof. Dr. Walter Frenz, Aachen
Bergbau und EEG 2014 – Chancen und Risiken –
PV-Freiflächenanlagen, Reservestellung und
Beihilfenverbot S. 220

Prof. Dr. Bernhard Stüer, Münster/Osnabrück /
Dipl.-Jur. Dirk Buchsteiner, Berlin
Umweltinformationsrechte, Bundesfachplanung und
Bürgerbeteiligung im NABEG, Untersuchungsumfang
und Ermittlungstiefe von Umweltprüfungen S. 227

Buchbesprechungen

Armin Hatje (Hrsg.), **Die Einheit des Europarechts
im Zeichen der Krise, Europarecht Beiheft 2/2013.**
Prof. em. Albrecht Weber, Osnabrück S. 231

Arno Scherzberg/Osman Can/Ilyas Dogan (Hrsg.),
**Der Schutz der ethnischen Minderheiten in der
Türkei und die Dezentralisierung der
Staatsorganisation.**
Univ.-Prof. Dr. Helmut Goerlich, Universität Leipzig S. 231

Christian Bickenbach, **Die Einschätzungsprärogative
des Gesetzgebers. Analyse einer Argumentati-
onsfigur in der (Grundrechts-)Rechtsprechung des
Bundesverfassungsgerichts.**
Prof. Dr. Christian Pestalozza, Freie Universität Berlin S. 232

Silke Klinck, **Agrarumweltrecht im Wandel. Vom
Subventionsrecht zum Recht der Umweltdienst-
leistung, Schriften zum Umweltrecht, Bd. 174.**
Prof. Dr. Ines Härtel, Frankfurt/Oder S. 233

Stefan Fuhrmann / Bodo Klein / Andreas Fleisch-
fresser (Hrsg.), **Arzneimittelrecht. Handbuch für die
pharmazeutische Rechtspraxis.**
Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens, Universität Osnabrück S. 234

Deutscher Richterbund (Hrsg.), **Handbuch der
Justiz 2014/2015.**
Vors. Richter am VG Dr. Andreas Middeke, Münster S. 235

Rechtsprechung

Europäischer Gerichtshof

EuGH, Gr. K., U. v. 18.12.2014 – C-364/13 –
Unbefruchtete menschliche Eizelle ist grundsätzlich
patentierbar – mit Anmerkung Frenz S. 236

Oberverwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichtshöfe

Sächs OVG, U. v. 09.05.2014 – 1 C 28/13 –
Planänderung nach Öffentlichkeitsbeteiligung
unwirksam S. 239

OVG NRW, U. v. 10.11.2014 – 13 A 1973/13 – n.r. –
Keine Dachkompetenz der BNetzA bei
Auskunftsersuchen zu dynamischen IP-Adressen S. 241

OVG NRW, U. v. 16.09.2014 – 13 A 1733/13 – n.r. –
Spediteure sind am Zuweisungsverfahren für
Terminalnutzung zu beteiligen S. 246

OVG NRW, B. v. 30.10.2014 – 8 B 721/14 –
Veröffentlichung des Umweltspektationsberichts
verfassungsrechtlich gerechtfertigt S. 251

OVG RP, U. v. 21.11.2014 – 6 A 10562/14 – n.r. –
Verkauf von Losgutscheinen der Fernsehlotterie
Aktion Mensch S. 256

OVG NRW, U. v. 27.10.2014 – 3 A 1217/14 – n.r. –
Zur Berechnung der Unterhaltsbeihilfe für
Rechtsreferendare S. 258

Sächs OVG, U. v. 09.09.2014 – 2 A 44/14 –
Rücknahme einer Beamtenernennung wegen
arglistiger Täuschung S. 263



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

<i>Richterin am Landgericht Dr. Mirja Feldmann, Mannheim</i>	
Strafbarkeit und Strafbarkeitslücken im Zusammenhang mit Skimming und Fälschung von Zahlungskarten	41
<i>Wissenschaftlicher Mitarbeiter Marc-Alexander Washkewitz, Universität Göttingen</i>	
Das Merkmal der Gewerbsmäßigkeit im Wirtschafts- und Steuerstrafrecht bei Handeln zum Vorteil eines Unternehmens – am Beispiel von Straftaten im Gesundheitswesen	50

Aufsätze in Zeitschriften und Festschriften

<i>Rechtsanwalt Dr. Matthias Dann, LL.M., Düsseldorf</i>	
Korruptions- und Wettbewerbsstrafrecht	54

Entscheidungen

BGH	7.10.2014 – 4 StR 371/14	Konkurrenzen bei Beihilfe	56
BGH	25. 9.2014 – 4 StR 586/13	Täuschung durch Unterlassen bei Erfolgshonorarvereinbarung	57
BGH	8.10.2014 – 1 StR 359/13	Betrug im Zusammenhang mit „Schrottimmobilien“ ...	59
BGH	6.10.2014 – 1 StR 214/14	Schätzung im Steuerstrafverfahren	63
BGH	21.10.2014 – 5 StR 296/14	Verwertungsverbot bei Ermüdung	65
BGH	25. 9.2014 – 4 StR 69/14	Bestimmtheit einer Verfahrenseinstellung	65
BGH	29. 7.2014 – 4 StR 126/14	Verletzung der Transparenz- und Dokumentationspflicht	68
BGH	9. 9.2014 – 5 StR 53/14	Besorgnis der Befangenheit	69
BGH	6.11.2014 – 4 StR 290/14	Erstreckung auf Mitangeklagte	70
KG	4.11.2014 – 2 Ws 298/14 – 161 AR 16/14	Untreue durch Vorstandsmitglied einer Kassenärztlichen Vereinigung	71
LG München II	13. 3.2014 – W5 KLS 68 Js 3284/13	Steuerhinterziehung in Millionenhöhe	77
HansOLG Hamburg	2. 7.2014 – 1 Ws 64/14	Verletzteneigenschaft einer gelöschten Gesellschaft (mit Anm. <i>Moldenhauer</i>)	80

wistra aktuell

Rechtsprechungsvorschau	II
Aktuelle Rechtsprechung in Kürze	III
Aktuelle Nachrichten	VI
Bericht aus der Gesetzgebung	
– Regierungsentwurf betreffend Vertretung von abwesenden Angeklagten bei Berufungsverhandlungen und Anerkennung bzw. Vollstreckung von Abwesenheitsentscheidungen in der Rechtshilfe –	XI



Schwerpunkt:

Europa ist auf die Probe gestellt 12

Vieles hat sich seit Österreichs EU-Beitritt verändert, im Positiven wie im Negativen. Doch wohin geht Europa?

Und jährlich grüßt das Murmeltier 14

Die europäische Wirtschaftspolitik ändert sich nach wie vor kaum – trotz hoher Arbeitslosigkeit und Verteilungsschieflage.

Im Dschungel der Lobbys 16

AK und ÖGB haben seit Jahren die strategische Bedeutung dieses Themas erkannt und viel erreicht.

20 Jahre Europäischer Betriebsrat 18

Eine kurze Bilanz, wo wir heute mit dem Euro-Betriebsrat und der Mitwirkung der ArbeitnehmerInnen in der EU stehen.

An den Grundfesten rütteln! 20

Welche Rollen können und sollen Gewerkschaften und AK angesichts der gescheiterten Krisenpolitik spielen?

EU-Sozialpolitik auf dem Prüfstand 22

Von Beginn an bestand auf Gemeinschaftsebene ein Spannungsverhältnis zulasten des Sozialen. Dies muss sich dringend ändern!

(Noch) keine Erfolgsgeschichte 26

Sowohl die Löhne als auch die Rechte der ArbeitnehmerInnen geraten immer stärker unter Druck. Ein Kurswechsel ist nötig.

EU – Was geht mich das an?! 28

Von den Herausforderungen der Gewerkschaftsarbeit, den ArbeitnehmerInnen europäische Themen zu vermitteln.

Erasmus mit Gürkchen 30

Zwei Dekaden lang gehört Österreich bereits zur EU. Was sich von Cornichons bis zum Preisaufschlag für uns verändert hat.

Von der Kür zur Pflicht 32

Die EU lieferte die entscheidenden Impulse zum Verbot von Diskriminierungen in Österreich. Lücken bleiben allerdings.

Notwendiger Tabubruch 34

Zur Überwindung der Krise wäre eine Finanzierung öffentlicher Defizite durch die Zentralbank wirksam und sinnvoll.

Schachmatt!	36	Standards:	
Die EU-Kommission in Argumentationsnotstand: Wie Unternehmen das EU-Recht aushebeln – ganz legal.		Standpunkt: Soziales Europa längst überfällig	4
Angst vor den anderen?	38	Veranstaltung: Was uns Steueroasen kosten	5
Was ist dran an der Befürchtung, dass MigrantInnen aus der EU für die Zuspitzung der Situation verantwortlich sind?		Aus AK und Gewerkschaften	6/7
Reality Bites	40	Historie: Die soziale Dimension	11
Die ambivalente EU-Stimmung ist ein Spiegelbild des mehrdeutigen Diskurses und der Passivität heimischer AkteurInnen.		Zahlen, Daten, Fakten	24
Interview:		Wir sind Europa	42
„Mangelnde Investitionen“	8	Frisch gebloggt	44
Ex-Europa-Staatssekretärin Brigitte Ederer über erfüllte und enttäuschte Hoffnungen.		Nicht zuletzt – von Christa Schlager	45
		Man kann nicht alles wissen	46
		Erklärungen aller grün markierten Worte.	

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internetfähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetag.com/downloadreader

blog.arbeit-wirtschaft.at

twitter.com/AundW

www.facebook.com/arbeit.wirtschaft

www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk

20 Jahre dabei: EU-Bilanz und Ausblick

Redaktion intern

Die Europäische Union engagiert sich zu wenig bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Diesen Wermutstropfen sieht Brigitte Ederer, die einst als Staatssekretärin an den Beitrittsverhandlungen beteiligt war, im Interview. Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des österreichischen Beitritts zur EU blicken wir nicht nur auf die vergangenen Entwicklungen zurück, sondern fragen uns auch, wohin kann bzw. vielmehr wohin sollte sich die EU aus Sicht der ArbeitnehmerInnen entwickeln (S. 12, 14, 20)? Wie sieht die Bilanz in Bezug auf Arbeitsmarkt, Löhne und ArbeitnehmerInnen-Rechte aus (S. 26)? Welche Pers-

pektiven gibt es für eine europäische Sozialpolitik (S. 22)? Was hat sich für die Menschen bzw. die KonsumentInnen verändert (S. 30)? Haben Gewerkschaften und AK genug getan, um die EU den ArbeitnehmerInnen näherzubringen (S. 28)? Welche Position haben sie in der EU angesichts von Lobbying-Gruppen (S. 16)? Hat der Euro-Betriebsrat die in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt (S. 18)? Wir werfen einen kritischen Blick auf das Gleichbehandlungsrecht, in dem die EU wichtige Verbesserungen gebracht hat (S. 32). Wir ziehen Bilanz in Sachen Zuwanderung (S. 38). Und wir

sehen uns an, wie die Stimmung in Österreich gegenüber der EU ist (S. 40). Die Kolumne „Nicht zuletzt“ stammt dieses Mal aus der Feder von Christa Schlager. Unter „Frisch gebloggt“ lesen Sie Interessantes aus unserem ExpertInnenblog blog.arbeit-wirtschaft.at. Online finden Sie uns wie gewohnt unter www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft und twitter.com/AundW. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen (aw@oegb.at) und wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Für das Redaktionskomitee
Sonja Fercher



Aufsätze

<i>Andreas Horsch, Freiberg/ Jacob Kleinow, Freiberg</i>	Der Bankenstresstest 2014 im Vorfeld des Single Supervisory Mechanism: Theorie und Empirie zu einem Lackmустest der neuen europäischen Bankenregulierung	1
<i>Andreas Pickenbrock, Heidelberg</i>	Die Rechtsprechung des BGH zu Bearbeitungsentgelten für Darlehensverträge – Rück- und Ausblick	13
<i>York Schnorbus, Frankfurt/M./ Sebastian Plassmann, Frankfurt/M.</i>	Bilanzoptimierter Rückerwerb von Anleihen über ihrem Nominalwert	25
<i>Thomas Hoeren, Münster/ Maria Kairies, Münster</i>	Anscheinsbeweis und chipTAN	35
<i>Marco Brand, Frankfurt/M.</i>	Besitz an dauerglobalverbrieften Aktien – zugleich ein Beitrag zur Lehre vom Besitz	40

Rechtsprechung

Entscheidungen im Wortlaut

BGH 13. 5. 2014 – XI ZR 405/12 +	Unwirksamkeit formularmäßiger Bearbeitungsentgelte in Verbraucherdarlehensverträgen	48
BGH 28. 10. 2014 – XI ZR 348/13 +	Beginn der Verjährungsfrist für bereicherungsrechtlichen Anspruch auf Rückzahlung eines Darlehensbearbeitungsentgelts erst mit Schluss des Jahres 2011	60

Entscheidungen in Leitsätzen

.....	69
-------	----

Hinweis an unsere Leser:

Der Jahrgang 2014 wird zusammen mit dem Jahrgang 2013 gebunden. Das Gesamtregister für die beiden Jahrgänge liegt diesem Heft bei. Gleichzeitig wird die Einbanddecke für die beiden Jahre ausgeliefert. Bezieher, deren Abonnement die Einbanddecke nicht umfasst, beliefern wir nicht automatisch. Bitte geben Sie eine gesonderte Bestellung auf.



DOKUMENTE

Gesetzesentwurf der Bundesregierung 263
 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung
 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

Synopsis: UWG – Regierungsentwurf 271

BEITRÄGE

Prof. Dr. Helmut Köhler, München
 Der Regierungsentwurf zur UWG-Novelle 2015:
 Nur Klarstellungen oder doch tiefgreifende
 Änderungen? 275

Prof. Dr. Christian Alexander, Jena
 Die Rechtsprechung des EuGH zur Richtlinie
 2005/29/EG in den Jahren 2013 und 2014 286

Prof. Dr. Tobias Lettl, LL.M., Potsdam
 Kartellverbot (Art. 101 Abs. 1 AEUV, § 1 GWB)
 und Tarifvertrag 294

**Prof. Dr. Stefan Leible und RAin Dr. Katja
 Brzezinski, Bayreuth**
 Rechtsprechungsreport Lebensmittelrecht 2014 301

RA Prof. Dr. Moritz Hagenmeyer, Hamburg
 Siebte Beleuchtung der Rechtsprechung zur VO
 (EG) Nr. 1924/2006 über Nährwert- und gesund-
 heitsbezogene Angaben 308

Richter am KG Dr. Gangolf Hess, Berlin
 Aktuelles Wettbewerbsverfahrensrecht 317

RECHTSPRECHUNG

EuGH

Air Berlin/Verbraucherzentrale Bundesverband
 VO (EG) Nr. 1008/2008 Art. 23 Abs. 1 S. 2
 EuGH, Urteil vom 15.01.2015 – C-573/13 326

Ryanair/PR Aviation
 RL 96/9/EG Art. 1, Art. 3 Abs. 1, Art. 5, Art. 6 Abs. 1,
 Art. 8, Art. 15
 EuGH, Urteil vom 15.01.2015 – C-30/14 329

Pez Hejduk/EnergieAgentur.NRW
 VO Nr. 44/2001/EG Art. 5 Nr. 3;
 RL 2001/29/EG Art. 1 Abs. 1
 EuGH, Urteil vom 22.01.2015 – C-441/13 332

Art & Allposters/Stichting
 RL 2001/29/EG Art. 4 Abs. 2
 EuGH, Urteil vom 22.01.2015 – C-419/13 334

**FNV Kunsten Informatie en Media/Staat
 der Nederlanden**
 AEUV Art. 101 Abs. 1
 EuGH, Urteil vom 04.12.2014 – C-413/13 337

BGH

Spezialist für Familienrecht
 UWG § 4 Nr. 11; BRAO § 43 b; BORA § 7
 BGH, Urteil vom 24.07.2014 – I ZR 53/13 340
 Kommentar von **RA Martin W. Huff** 343

Hörgeräteversorgung III
 UWG § 4 Nr. 11; BW BOA § 31 Abs. 2
 (BW BOA § 34 Abs. 5 aF)
 BGH, Urteil vom 24.07.2014 – I ZR 68/13 344

Hi Hotel II
 UrhG § 31 Abs. 5; EGBGB Art. 28 Abs. 5, Art. 34;
 ROM-I-VO Art. 9 Abs. 2
 BGH, Urteil vom 24.09.2014 – I ZR 35/11 347

K-Theory
 ZPO § 322 Abs. 1; UrhG § 97
 BGH, Urteil vom 24.07.2014 – I ZR 27/13 353

CT-Paradies

UrhG § 10 Abs. 1, § 97 Abs. 1
 BGH, Urteil vom 18.09.2014 – I ZR 76/13 356

OLG Brandenburg

**Gezielte Mitbewerber-Behinderung durch
 Verteilung von einschränkenden Briefkasten-
 Aufklebern**
 UWG §§ 8 Abs. 1, Abs. 3 Nr. 1, 3, 4 Nr. 10
 OLG Brandenburg, Urteil vom 22.12.2014 –
 6 U 142/13 362

OLG Celle

**Pflicht zur Angabe der einzelnen Bestandteile
 eines Mobilfunktarifs bei Smartphone-Angebot**
 UWG §§ 4 Nr. 11, 5 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 2, 5a Abs. 2,
 Abs. 3 Nr. 3; PAngV § 1 Abs. 6 S. 2
 OLG Celle, Urteil vom 27.11.2014 – 13 U 89/14 364

OLG Düsseldorf

**Werbung mit Prüfsiegel und „wesentliche
 Information“ i. S. v. § 5 a Abs. 2 UWG**
 UWG § 5 a Abs. 2
 OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.12.2014 – I-15 U 76/14 365

OLG Karlsruhe

Ginkgo Ginseng + B-Vitamine
 HCVO Art. 2 Abs. 2 Nr. 5, Art. 3 lit. a, Art. 10;
 LFGB § 11; NemV § 4 Abs. 2 Ziff. 1
 OLG Karlsruhe, Urteil vom 12.11.2014 – 6 U 123/14 373

OLG Hamburg

Vertragsstrafeversprechen mit festem Rahmen
 ZPO § 91 a
 OLG Hamburg, Beschluss vom 22.12.2014 – 3 W
 123/14 377

OLG Hamm

**Streitwert und Wiederholungsgefahr bei
 unerwünschter E-Mail-Werbung gegenüber
 Gewerbetreibenden**
 BGB §§ 823 Abs. 1, 1004 Abs. 1
 OLG Hamm, Hinweisbeschluss vom 09.12.2014 –
 9 U 73/14 377

OLG München

**Kein Wegfall der Wiederholungsgefahr durch
 zeitlich befristeten Lizenzvertrag**
 UrhG § 97 Abs. 1 S. 1
 OLG München, Urteil vom 24.07.2014 – 29 U
 1173/14 378

**Sportgerichtsbarkeit und kartellrechtliches
 Missbrauchsverbot – Causa „Pechstein“**
 LugÜ 2007 Art. 6 Nr. 1; EGBGB Art. 34; GWB a. F.
 § 19 Abs. 1, Abs. 4 Nr. 2; UNÜ Art. V Abs. 2 lit. b)
 OLG München, Urteil vom 15.01.2015 –
 U 1110/14 Kart 379

OLG Köln

„Parfümfotos bei eBay“
 UrhG §§ 72 Abs. 1, 97 Abs. 1
 OLG Köln, Urteil vom 05.12.2014 – 6 U 57/14 387

OLG Nürnberg

Prospektwerbung eines Filialisten
 UWG § 5
 OLG Nürnberg, Hinweisbeschluss vom 23.07.2014 –
 3 U 1155/14 390

LG Amberg

Filialprospekt
 UWG § 5
 LG Amberg, Urteil vom 07.04.2014 – 41 HK O 1024/13 391

LG Köln

Indikationstisch
 ApoBetrO § 17 Abs. 3; UWG § 4 Nr. 11
 LG Köln, Urteil vom 06.11.2014 – 31 O 135/14 392

Basishörgerät
 UWG § 5
 LG Köln, Urteil vom 13.11.2014 – 31 O 265/14 394

LEITSÄTZE 396

Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht



Inhalt · 60. Jahrgang · Heft 4/2015

Aufsätze

RA FAStR Prof. Dr. Christoph H. Seibt, LL.M. (Yale) /
RA Dr. Johannes Cziupka

Rechtspflichten und Best Practices für Vorstands- und Aufsichtsratshandeln bei der Kapitalmarktrecht-Compliance

Legalität im eigenen Handeln zu wahren und Illegalitäten aus dem Unternehmen heraus entgegenzusteuern, ist zentraler Inhalt der Compliance-Verantwortung des gesamten Vorstandes. Während sich derzeit eine Konturierung des damit verbundenen rechtlichen Pflichtenkanons abzeichnet, haben sich gleichzeitig Best Practices zur Prävention, Detektion und Ahndung von Compliance-Verstößen herauszubilden, die effektive und effiziente Strategieelemente zur Haftungsvermeidung bereitstellen. Gerade im Kapitalmarktrecht besteht hierfür ein erhebliches Praxisbedürfnis, vor allem angesichts zunehmender Komplexität kapitalmarktrechtlicher Pflichten und künftig drakonisch erhöhter Sanktionsrisiken für Emittenten und deren Geschäftsleiter im Zuge der europäischen Revision des Transparenz- und Marktmissbrauchsregimes.

93

RA Dr. Felix Gaul

Regressansprüche bei Kartellbußen im Lichte der Rechtsprechung und der aktuellen Debatte über die Reform der Organhaftung

Vorstandsmitglieder sind regelmäßig einem potentiell existenzvernichtenden Regressrisiko ausgesetzt, wenn Bußgelder wegen Kartellverstößen gegen „ihre“ Unternehmen verhängt werden. Vor Kurzem hat mit dem Arbeitsgericht Essen im sog. Schienenkartell-Verfahren erstmals ein Gericht zu grundlegenden Fragen des Regresses bei solchen Kartellbußen Stellung genommen. Die schon länger kontrovers geführte wissenschaftliche Debatte über dieses Problemfeld erreichte im September 2014 auch den 70. Deutschen Juristentag (= DJT) in Hannover. Dort stand im Rahmen der Verhandlungen über die Reform der Organhaftung u.a. die Erforderlichkeit von Regressbegrenzungen auf der Agenda. Die neuen Impulse, die sowohl vom DJT als auch vom ArbG Essen ausgehen, bieten Anlass, die Regressfähigkeit von Kartellbußen auf den Prüfstand zu stellen und etwaige Instrumente zur Regressbegrenzung auf ihre Praktikabilität hin näher zu beleuchten.

109

Steuer-Journal

RA FAStR Dr. Peter Talaska

Übernahme einer Geldsanktion gegen ein Vorstandsmitglied durch die Aktiengesellschaft aus strafrechtlicher Perspektive

118

Rechtsprechung

Anlageberatung, Aufklärungspflichten beim Vertrieb junger Aktien

BGH v. 27.11.2014 – III ZR 294/13

122

Organhaftung für Verkürzung der Masse, Änderung der Rechtsprechung

BGH v. 18.11.2014 – II ZR 231/13

122

Fusionskontrolle

BGH v. 23.9.2014 – KVZ 82/13

124

Akteneinsichtsanspruch gegen die BaFin

OLG Frankfurt v. 15.9.2014 – WpÜG 3/11

125

Herabsetzung der Vorstandsvergütung

OLG Stuttgart v. 1.10.2014 – 20 U 3/13

128

Buchbesprechungen

Dirk Jannott/Jürgen Frodermann (Hrsg.)

Handbuch der Europäischen Aktiengesellschaft – Societas Europaea –

(RA Dr. Christoph Lächler)

132

Impressum

R 52

Europäische GRUNDRICHT

Zeitschrift

EuGRZ

in Verbindung mit

Prof. Dr. Dr. h. c. **Thomas Buergenthal**, GWU, Washington, DC; vorm. Richter am IGH; vordem Präsident des IAGMR, San José
Dr. h. c. **Hans Danelius**, vorm. Richter am Obersten Gerichtshof, Stockholm, und am VerfGH von Bosnien-Herzegowina, Sarajevo
Prof. Dr. Dr. h. c. **Jochen Abr. Frowein**, vorm. Direktor am Max-Planck-Institut für ausl. öffentl. Recht und Völkerrecht, Heidelberg
Prof. Dr. Dr. **Christoph Grabenwarter**, Wirtschaftsuniversität Wien, Richter am Verfassungsgerichtshof, Wien
Prof. Dr. **Constance Grewe**, Professorin an der Université de Strasbourg; Richterin am Verfassungsgerichtshof von BiH, Sarajevo
Univ.-Prof. Dr. **Gerhart Holzinger**, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien
Dr. h. c. **Renate Jaeger**, Schlichterin für die Rechtsanwaltschaft, Berlin; vorm. Richterin am EGMR; vordem Richterin des BVerfG
The Right Hon. **Lord Mance**, Richter am Supreme Court of the United Kingdom, London
Prof. Dr. **Jörg Paul Müller**, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern
Prof. Dr. Dr. h. c. **Gil Carlos Rodríguez Iglesias**, vorm. Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg
Prof. Dr. **László Sólyom**, vorm. Präsident der Republik Ungarn; vordem Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Budapest
Prof. Dr. Dr. h. c. **Christian Tomuschat**, Professor für öffentl. Recht, insb. Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin
Herausgegeben von **Dr. h. c. Norbert Paul Engel** Schriftleitung **Rechtsanwältin Dr. h. c. Erika Engel**

EuGRZ

2. Februar 2015

42. Jg. Heft 1-4

ISSN 0341/9800

Seiten 1-132

1. Aufsätze

Christoph Grabenwarter und **Katharina Struth**, Wien

Das französische Verbot der Vollverschleierung – Absolutes Verbot der Gesichtshüllung zur Wahrung der „Minimalanforderungen des Lebens in einer Gesellschaft“? / Besprechung des Urteils der Großen Kammer des EGMR vom 1. Juli 2014 – S.A.S. gegen Frankreich

1

Karin Oellers-Frahm, Heidelberg

Das italienische Verfassungsgericht und das Völkerrecht – eine unerfreuliche Beziehung / Anmerkung zur Entscheidung des italienischen Verfassungsgerichts vom 22. Oktober 2014

8

2. Entscheidungen

- EGMR – 1. 7. 14 – Gesetzliches Verbot des Tragens eines Ganzkörperschleiers (Burka / Niqab) in der Öffentlichkeit keine Verletzung von Art. 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und Art. 9 EMRK (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit) / Kein Verstoß gegen Art. 14 EMRK (Diskriminierungsverbot) / *S.A.S gegen Frankreich (GK)* Struth 16
- EuGH – 18. 12. 14 – **Übereinkommen zum Beitritt der EU zur EMRK** mit verfassungsrechtlichen Vorgaben von Art. 6 Abs. 2 EUV und EU-Protokoll Nr. 8 unvereinbar / • Stellungnahme von GA in Kokott / • Gutachten des EuGH (Plenum) 30/56
- BGer – 15. 9. 14 – Erwerbsentschädigung bei Geburt eines Kindes gilt nach ausdrücklichem Willen des Gesetzgebers ausschließlich der Mutter / Kein Anspruch des Vaters Steinmann 78
- BVerfG – 16. 12. 14 – Äußerungsbefugnisse von Regierungsmitgliedern / Wahlauftrag gegen NPD in Zeitungsinterview einer Bundesministerin nicht zu beanstanden 83
- BVerfG – 4. 12. 14 – Erfolglos beantragte Snowden-Vernehmung in Deutschland / Organstreit-Anträge der Fraktionen der LINKEN und GRÜNEN unzulässig 89
- BVerfG – 8. 9. 14 – Presserechtlicher Auskunftsanspruch gegen BND über Ausfuhr waffenfähiger (Dual-Use-)Güter nach Syrien im Eilrechtsschutzverfahren nicht durchsetzbar 95
- BVerfG – 19. 11. 14 – Kriterien der Kindeswohlgefährdung bei Sorgerechtsentziehung / Fehlende richterliche Distanz gegenüber evident inkohärenter psychologischer Begutachtung 98

3. Dokumentation

- EuRat
Neuwahlen für ein Drittel der EGMR-Richter im Jahr 2015 104

4. Laufende Verfahren

- EuGH – 14. 1. 15 – Ankauf von Staatsanleihen ausgewählter Euro-Staaten in unbegrenzter Höhe (OMT) / Behauptete Mandatsüberschreitung der EZB / Schlussanträge von Generalanwalt Cruz Villalón zum Vorabentscheidungsersuchen des BVerfG / *Rs. Gauweiler* 105



Legal Studies

R. Morrison / Editors

Published in January and June for

Electronic, \$29 print only or e-are available through JSTOR's access; rates are tiered according to institution (print + electronic), \$87 to \$174 for the *JLE/JLS* combination are available for e-only and \$205 for multiyear discounts, reduced for the *JLE/JLS* combination rates, and/or postage for non-U.S. subscriptions are available in most developing countries (www.journals.uchicago.edu/ceni/).

Changes should be directed to 7005, Chicago, Illinois 60637. Canada 1-877-705-1878. Fax: subscriptions@press.uchicago.edu.

Managing editor, *Journal of Legal Studies*, Chicago, Illinois 60637. Visit our Web site: www.journals.uchicago.edu/jlegalstudies. Exclu-

sions may be reused without permission. U.S. Copyright Law. Permission to reproduce may be obtained from Copyright Clearance Center, Inc., 222 Rosewood Drive, Danvers, MA 01923, or from the University of Chicago Press, 505 North Dearborn Street, Chicago, IL 60637, permissions@press.uchicago.edu. For more information, but it is customary to contact

For a complete *Legal Studies* subscriber list, contact the circulation staff, University of Chicago Press, 505 North Dearborn Street, Chicago, IL 60637. Advertising and list rental rates are available from the circulation staff.

University of Chicago Press,

Printed on acid-free paper meeting the American National Standard for Information Sciences, ANSI Z39.48-1984. ©



VOLUME 43 (1) / JANUARY 2014

THE JOURNAL OF

Legal Studies

Does Anyone Read the Fine Print? Consumer Attention to Standard-Form Contracts / 1

Yannis Bakos, Florencia Marotta-Wurgler, and David R. Trossen

A Model of Cause Lawyering / 37

Scott Baker and Gary Biglaiser

Does More Speech Correct Falsehoods? / 65

Edward Glaeser and Cass R. Sunstein

Optimal Agency Bias and Regulatory Review / 95

Ryan Bubba and Patrick L. Warren

Forfeiture of Illegal Gains, Attempts, and Implied Risk Preferences / 137

Murat C. Mungan and Jonathan Klick

Decomposing Racial Disparities in Prison and Drug Treatment Commitments for Criminal Offenders in California / 155

John MacDonald, Jeremy Arkes, Nancy Nicosia, and Rosalie Liccardo Pacula

On the Interaction between Legal and Reputational Sanctions / 189

Edward M. Iacobucci

www.journals.uchicago.edu/JLS

Christophe Hillion,
tefaan Van den Bogaert



COMMON MARKET LAW REVIEW

CONTENTS Vol. 52 No. 1 February 2015

Editorial comments: *The EU's Accession to the ECHR – a “NO”
from the ECJ!* 1-16

Articles

- D. Thym, The elusive limits of solidarity: Residence rights of and
social benefits for economically inactive Union citizens 17-50
- R. Zbiral, Restoring tasks from the European Union to Member
States: A bumpy road to an unclear destination? 51-84
- K. Sørensen, The fight against letterbox companies in the internal
market 85-118
- D. Erdos, From the Scylla of restriction to the Charybdis of licence?
Exploring the scope of the “special purposes” freedom of
expression shield in European data protection 119-154
- G. ter Kuile, L. Wissink and W. Bovenschen, Tailor-made
accountability within the Single Supervisory Mechanism 155-190
- A. Frąckowiak-Adamska, Time for a European “full faith and credit
clause” 191-218

Case law

A. Court of Justice

- Shaping the new system for delegation of powers to EU agencies:
*United Kingdom v. European Parliament and Council (Short
selling)*, C.F. Bergström 219-242
- The dividing line between delegated and implementing acts: The
Court of Justice sidesteps the difficulty in *Commission v.
Parliament and Council (Biocides)*, D. Ritleng 243-258
- Housing policy as a restriction of free movement and Member
States' discretion to design programmes of social protection:
Libert, S. Reynolds 259-280
- Surrogacy leave as a matter of EU law: *CD and Z*, M. Finck and
B. Kas 281-298

Book reviews 299-322

Survey of Literature 323-342

Publications received 343-350

s Maduro, Florence

Luxembourg

Iriguez Iglesias, Madrid

Luxembourg

ston, Luxembourg

Amsterdam

Cambridge

A. Timmermans, Brussels

Debrecen

†, München

gdandy, Heidelberg

'eiler, Florence

Bloemendaal

zykowski, Warsaw

tel. + 31 71 5277549

fax: + 31 71 5277600

as a medium for the
e dissemination of legal
meet the needs of both the
used as the language of

utors from any country.
should ensure that the
lers outside the specific
ined in the text or notes.
general effectiveness of

altering the meaning,
type is set.

, to the Managing Editor.
be given that the article
uthor will be notified of
eks.

nuscript, in addition to a
ould preferably be no longer
onger than 10 pages (approx.
eful in indexing and
eads. All notes should be
the first note, giving the
cluding his or her current

n.

nal's website

LA



FACHZEITSCHRIFT FÜR
WIRTSCHAFTSRECHT
26. JG., Heft 02, Februar 2015

Zitiervorschlag:
ecolex 2015, Seite
ecolex 2015/Nummer

HERAUSGEBER:

Hon.-Prof. Dr. G. KUCSKO, RA
Univ.-Prof. Dr. W. MAZAL
Univ.-Prof. Dr. P. OBERHAMMER
Univ.-Prof. Dr. J. REICH-ROHRWIG, RA
Hon.-Prof. Dr. Ch. SCHMELZ, RA
Univ.-Prof. MMag. Dr. J. SCHUCH, StB
Mag. Philip VONDRAK, StB und RA
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

BEIRAT:

Univ.-Prof. DDr. W. BARFUSS

Sen.-Präs. d. VwGH Dr. L. BUMBERGER
Univ.-Prof. Dr. B.-Ch. FUNK
Univ.-Prof. Dr. H. KREJCI
Dr. J. E. LANGER
Univ.-Prof. DDr. H. MAYER
Univ.-Prof. HR Dr. M. NEUMAYR
Univ.-Prof. Dr. G. H. ROTH
Univ.-Prof. Dr. W. SCHRAMMEL
Univ.-Prof. Dr. V. TRSTENJAK
Univ.-Prof. Dr. R. WELSER
Min.-Rat Dr. W. WIESNER

SCHRIFTFLEITUNG:

Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

STÄNDIGE MITARBEITER:

Univ.-Ass. Mag. A. BALTHASAR
Hon.-Prof. Dr. A. DUSCHANEK
Sen.-Präs. d. OLG Wien iR. ao. Univ.-
Prof. Dr. G. ERTL
Mag. J. FISCHERLEHNER
MMag. Dr. K. H. HILBER, StB
Univ.-Ass. Mag. Markus HÖCHER

Univ.-Prof. Dr. M. HOLOUBEK
Dr. St. KÖCK, RA
Univ.-Prof. Dr. M. LANG
Mag. M. LAUDACHER
Dr. I. MOSER
Dr. E. PRIMOSCH
Dr. Th. RABL, RA
Mag. B. RENNER
Dr. R. SCHANDA, RA
Univ.-Prof. Dr. F. SCHRANK
Dr. Ch. SCHUMACHER, LL. M., RA
Univ.-Prof. Dr. H. SCHUMACHER, RA
Univ.-Doz. Dr. St. SCHWARZER
Dr. A. SPITZL
Dr. B. TONNINGER, RA
Dr. W. URBANTSCHITSCH
Dr. M. WINDISCH-GRAETZ
Mag. Dr. H. WOLLMANN, LL. M., RA
Univ.-Prof. Dr. B. ZÖCHLING-JUD

SOZIALBETRUG

Lohndumping: Was zählt zum Entgelt?
Christoph Wiesinger

92

Sozialbetrug: Alte Probleme – neue Wege?
Martin Meissnitzer

96

EDITORIAL

Ewige Steuerkanzlei in der Altbau-Wohnung zum „Friedenszins“? oder Einzug der „Konkludenz“ ins Mietrecht
Georg Wilhelm

89

Impressum

U 3

ZIVIL- UND UNTERNEHMENSRECHT

§ 7 VKrG: Über Groß- und Kleinbanken
Georg Weissel

99

Der Privatisierungsauftrag
Graciela R. Faffelberger

101

⊙ Apropos Wegnahme von Zahngold im Krematorium
Georg Wilhelm

103

OGH 17. 9. 2014, 6 Ob 38/14 b
OGH 25. 7. 2014, 5 Ob 112/14 b
OGH 23. 7. 2014, 8 Ob 6/14 m

- Insolvenzfest: Superädifikat kraft Parteienvereinbarung? (Thomas Schoditsch) 104
- Vertretung einer Landeshauptstadt 105

OGH 29. 10. 2014, 7 Ob 160/14 a
OGH 28. 8. 2014, 6 Ob 108/13 w

- Regress des Generalunternehmers gegen den Subunternehmer (Thomas Schoditsch) 105
- Berufstätigkeit in Mietwohnungen – konkludente Zustimmung dazu? 106

OGH 18. 11. 2014, 5 Ob 26/14 f
OGH 11. 9. 2014, 2 Ob 13/14 x

- Hypo-Klage gegen Aufsichtsratsmitglieder: Beweislastumkehr bei Vorteilsanrechnung (Thomas Schoditsch) 107
- Intransparenter Prospekt – Haftung der Kontrollorin (Georg Wilhelm) 108

OGH 25. 8. 2014, 8 Ob 70/14 y
OGH 25. 9. 2014, 9 Ob 52/14 h
OGH 21. 8. 2014, 3 Ob 118/14 w

- Vorschriftswidrige Beladung eines LKW als Schutzgesetzverletzung (Thomas Schoditsch) 110
- Grundbuchsrecht: Ersitzung (ideellen) Miteigentums (Thomas Schoditsch) 110
- Aufrechnungsverbot bei Bestandszinsforderung (Thomas Schoditsch) 111

OGH 27. 8. 2014, 2 Ob 36/14 d

- Pauschalreise: Preisminderung bei selbst organisiertem Umzug? (Thomas Schoditsch) 111
- Haftungsprivileg: Eingliederung eines Selbstständigen bei koordinierter Zusammenarbeit (Thomas Schoditsch) 112

WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT

Litigation PR bei Straf- und Zivilverfahren
Bernhard Krumpal

113

DISPUTE RESOLUTION

Die Verletzung der Offenlegungspflicht im Schiedsverfahren als Ablehnungsgrund?
Stefan Riegler / Alexander Zollner

116

OGH 9. 10. 2014, 6 Ob 163/14 k
OGH 22. 10. 2014, 1 Ob 133/14 m
OGH 22. 10. 2014, 3 Ob 176/14 z

- Zurückweisung unklarer Schriftsätze anfechtbar 118
- Zur Zulässigkeit von Änderungen nach Einbringung einer Aufkündigung 118
- Wertsicherungsklausel ermöglicht nur eine Aufwertung des geschuldeten Betrags 119

OGH 21. 10. 2014, 10 ObS 17/14 v
OGH 22. 10. 2014, 3 Ob 150/14 a
OGH 5. 8. 2014, 18 ONc 1/14 p
LGZ Wien 24. 9. 2014,
46 R 216/14 a

- Zur Beweislast für die mangelhafte Zustellung von Beilagen 120
- Zur Entscheidungsgrundlage für die Beurteilung von Titelverstößen 120
- Mangelnde Offenlegung des Schiedsrichters kein Ablehnungsgrund *per se* 120
- Nachtragsverteilung auch nach Restschuldbefreiung im Abschöpfungsverfahren möglich 121

GESELLSCHAFTSRECHT

„Sonderrechtsinhaber“ in der Verschmelzung und Spaltung Johannes Zollner / Franz Hartlieb	122
OGH 15. 12. 2014, 6 Ob 14/14 y	• Kapitalerhaltung bei Darlehen an künftigen Gesellschafter zur Zahlung des Anteilskaufpreises (<i>Walter Brugger</i>)
OLG Innsbruck 7. 7. 2014, 3 R 55/14 h	• Formulierung der Veröffentlichung einer beabsichtigten Kapitalherabsetzung
	128
	131

WETTBEWERBS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT

„Ist das alles?“ – Die verwaiste UrhG-Nov 2014 Christian Handig	132
Vorrangfragen zur Bagatellregelung nach § 2 Abs 2 Z 1 KartG Peter Thyri	135
OGH 17. 9. 2014, 4 Ob 127/14 a	• UWG-Verstoß: ungerechtfertigte Androhung rechtlicher Konsequenzen (<i>Michael Woller</i>)
OGH 21. 10. 2014, 4 Ob 145/14 y	• Verfassungs-/EU-Rechtswidrigkeit und vertretbare Rechtsansicht (<i>Michael Woller</i>)
OLG Wien 29. 10. 2014, 1 R 134/14 d (nicht rk)	• Werbung im Mitteilungsheft – Verstoß gegen Offenkundigkeitsgrundsatz (<i>Georg Wilhelm</i>)
	137
	138
	140

ARBEITSRECHT

Kündigung trotz Befristung Andreas Gerhardt	142
OGH 25. 9. 2015, 9 ObA 81/14 y	• Tankstellenmitarbeiterin ist Angestellte
OGH 25. 9. 2015, 9 ObA 103/14 h	• Ehrenamtlicher Mitarbeiter kein Arbeitnehmer
OGH 29. 9. 2014, 8 ObA 57/14 m	• Kein Ausbildungskostenrückerersatz bei Mutterschaftsaustritt
	145
	146
	146

STEUERRECHT

Managergehälter: Abzugsverbot nicht verfassungswidrig! Lukas Mechtler / Erik Pinetz	148
Was heißt „Verheizen“ iSd § 9 Abs 6 Z 1 MinStG? Thomas Bieber	152
BFG 20. 10. 2014, RV/7104346/2014	• Keine Gebührenpflicht eines Unternehmenskaufvertrags mit expliziter Nennung von Forderungen (<i>Erik Pinetz/Lukas Mechtler</i>)
BFG 10. 12. 2014, RV/5100728/2013 (interne Entscheidung)	• Kosten der Geburtstagsfeier eines Gesellschafters einer KapGes oder eines diesem Nahestehenden sind verdeckte Ausschüttungen (<i>Marco Laudacher</i>)
	154
	156

ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT

Warum gibt es im Festnetz keine günstigen Pauschaltarife? Philipp Lust	159
Bürgerinitiativen im vereinfachten UVP-Verfahren Peter Bußjäger / Stefan Lampert	163
VwGH 17. 9. 2014, 2012/10/0046	• Bereitstellung von Wasser zur Gemeinschaftsversorgung unterliegt dem Lebensmittelrecht (<i>Edmund Primosch</i>)
VwGH 25. 9. 2014, 2013/07/0060	• Keine Parteistellung von Nachbarn in abfallpolizeilichen Verfahren (<i>Edmund Primosch</i>)
VwGH 23. 10. 2014, Ra 2014/07/0031	• Qualitätssicherungssystem beim Einbau von Baurestmassen iSd ALSAG (<i>Edmund Primosch</i>)
	166
	166
	167

EUROPA

Neues aus Europa – Aktuelle Rechtsetzung und Entscheidungen der EU Ulrike Giera / Maximilian Hautzenberg / Markus-Florian Rummel	168
Rechtsprechungsübersicht Europäische Gerichte Agnes Balthasar	169



forum poenale

Herausgeber ·
Editeurs · Editrici

Jürg-Beat Ackermann

Yvan Jeanneret

Bernhard Sträuli

Wolfgang Wohlers

Schriftleitung ·
Direction de revue ·
Direzione della rivista

Anja Hasler

RECHTSPRECHUNG | JURISPRUDENCE | GIURISPRUDENZA 2

AUFSÄTZE | ARTICLES | ARTICOLI 14

Marc Thommen: Nur noch Psychiater als Gutachter 14

Stéphane Godecki: Portée pratique du principe de l'accusation 20

Cédric Bobay/Thomas Ruder: Leichenidentifikation durch Vergleich von prämortale angefertigten Zahnrontgenbildern mit einem postmortal erstellten Dental-Computertomogramm aus medizinischer und juristischer Sicht 27

Thomas Hansjakob: Grenzen und Rahmenbedingungen der verdeckten präventiven Tätigkeit der Polizei 33

Matthias Schwaibold: «Bad law makes hard cases» – Bemerkungen zu BGE 140 IV 118 37

Jeremias Fellmann/Luzia Vetterli: «Nemo tenetur» light bei strafähnlichen Verwaltungssanktionen – Bemerkungen zu 140 II 384 43

Frank Meyer/Marta Więckowska: Die Rechtsprechung des EGMR in Strafsachen im Jahr 2013 (Teil 2) 50

DOKUMENTATION | DOCUMENTATION | DOCUMENTAZIONI 57



Versicherungsvertragsrecht

Sämtliche Versicherungszweige

- OLG Karlsruhe 3. 9. 2014 (12 W 37/14) **Nach dem Tod des VN ist nicht von einer mutmaßlichen Einwilligung in die Entbindung des Arztes von seiner Schweigepflicht auszugehen** 221

Lebensversicherung

- BGH 24. 9. 2014 (IV ZR 1/14) Rechtsfolgen eines unwirksamen Kündigungsausschlusses in Kostenausgleichsvereinbarung bei vereinbarter rätlicher Zahlung 222
- BGH 17. 12. 2014 (IV ZR 260/11) **Monatsfrist des § 8 Abs. 4 S. 4 und 5 S. 4 VVG a. F. ist auf Rücktritt von Lebens- und Rentenversicherungen sowie Zusatzversicherungen zur Lebensversicherung nicht anzuwenden** 224

Berufsunfähigkeitsversicherung

- OLG Saarbrücken 28. 5. 2014 (5 U 355/12) **Auch nach der Inanspruchnahme von Elternzeit und anschließender leidensbedingter Arbeitszeitreduzierung muss an den zuvor ausgeübten Beruf angeknüpft werden** 226

Krankenversicherung

- BGH 14. 1. 2015 (IV ZR 43/14) **Versicherer muss VN auf Unwirksamkeit der Kündigung wegen Fehlens eines Anschlussversicherungsnachweises hinweisen** 230

Kfz-Teilkaskoversicherung

- OLG Naumburg 10. 10. 2013 (4 U 11/13) Falschangaben in einer Schadensanzeige wegen eines angeblichen Missverständnisses aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse gebieten eine nähere Aufklärung 232

Rechtsschutzversicherung

- LG Nürnberg-Fürth 8. 5. 2014 (8 S 1015/14) Kosten für durch den VN selbst beauftragte Arbeiten als Vorarbeiten einer sachverständigen Untersuchung sind nicht zu erstatten 234
- LG Nürnberg-Fürth 23. 6. 2014 (8 S 1015/14) mit Anmerkung: *Dr. Günter Bauer*

Feuerversicherung

- LG Wiesbaden 12. 6. 2014 (9 O 404/10) Ohne gesicherte Wiederherstellung besteht kein Anspruch auf Feststellung der Verpflichtung zur Auskehrung der Neuwertspitze 236

Agenten- und Maklerrecht

Abwerbverbot

- BGH 30. 4. 2014 (I ZR 245/12) **Kooperierende Unternehmen (hier: gemeinsamer Vertrieb) können Abwerbverbot mit bis zu zweijähriger Laufzeit vereinbaren** 237

Haftungsrecht

Arzthaftung

- BGH 21. 10. 2014 (VI ZR 14/14) **Reichweite der Verantwortlichkeit des aufklärenden Arztes** 240
- OLG Oldenburg 18. 11. 2014 (5 U 108/14) Kein Schadensersatzanspruch bei Versäumung eines Schwangerschaftsabbruchs nach der Fristenlösung 242

Heimvertrag

- BGH 6. 2. 2014 (III ZR 187/13) Reduzierung des Heimentgelts für Heimbewohner mit Sondenernährung 243

Internet

- BGH 12. 11. 2014 (VIII ZR 42/14) Wirksamer Kauf eines Gebrauchtwagens für 1 Euro im Rahmen einer Internetauktion 246



Persönlichkeitsrecht

- BGH 16. 12. 2014 (VI ZR 39/14) Abgrenzung grundsätzlich zulässiger wertender Kritik an gewerblicher Leistung eines Wirtschaftsunternehmens von unzulässiger Schmähkritik 247

Vermögensschaden

- BGH 9. 12. 2014 (VI ZR 155/14) **Keine Haftung des Unfallverursachers bei unfallbedingter Sperrung eines Teilstücks der Autobahn für Gewinnentgang einer außerhalb des Sperrbereichs liegenden Autobahnraststätte** 250

Verzug

- BGH 3. 7. 2013 (VIII ZR 169/12) Mehrkosten eines vom Käufer vorgenommenen Deckungskaufs sind kein ersatzfähiger Verzögerungsschaden i. S. v. § 280 Abs. 2 BGB 253

Wettbewerbsrecht

Unlauterer Wettbewerb

- BGH 30. 4. 2014 (I ZR 170/10) **Irreführende Internetangaben einer gesetzlichen Krankenkasse über Mitgliederwechsel zu einer anderen Krankenkasse (Betriebskrankenkasse II)** 255

Verfahrens- und Kostenrecht

Rechtliches Gehör

- BGH 19. 11. 2014 (IV ZR 47/14) Verletzung des Rechts einer Partei auf rechtliches Gehör wegen abgelehnter mündlicher Anhörung des gerichtlichen Sachverständigen 257

Sachverständiger

- OLG Koblenz 20. 3. 2014 (5 W 167/14) Keine Zwangsmittel gegen Sachverständigen wegen abhandengekommener Gerichtsakten bei nicht nachweisbarem Empfang der Akten 259

Transportrecht

Lagervertrag

- BGH 8. 5. 2014 (I ZR 48/13) **Die unverzügliche Anzeige der Umlagerung von Lagergut ist eine Kardinalpflicht des Lagerhalters** 260

Auslandsrecht (Österreich)

Unfallversicherung

- OGH 17. 9. 2014 (7 Ob 128/14 w) Auslegung einer Zusatzvereinbarung über die Berechnung der Leistung für eine unfallbedingte dauernde Invalidität bei hierdurch eingetretener Berufsunfähigkeit 263

Der Buchstabe L hinter dem Kurzinhalt bedeutet, dass von der Entscheidung nur der Leitsatz veröffentlicht wird.

Das Inhaltsverzeichnis zum „Versicherungsrecht“ 2014 (65. Jahrgang)

liegt dieser Ausgabe bei. Weitere Exemplare können zum Preis von 8,50 € vom Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe (www.vvw.de), bezogen werden.

Einbanddecken für das „Versicherungsrecht“ 2014 sind zum Preis von 14,80 € erhältlich.



INHALT

EDITORIAL

- 1 Gunther Gruber – 70 Jahre

GLÜCKWUNSCHADRESSEN

- 5 Gunther Gruber zum 70. Geburtstag – mehr als ein Verwaltungsrichter
Rudolf Thienel
- 6 Gunther Gruber im steirischen Landesdienst
Gerhart Wielinger
- 7 Gunther Gruber und die Wissenschaft
Harald Stolzlechner
- 8 Gunther Gruber und das Gewerberecht
Sylvia Paliege-Barfuß
- 9 Gunther Gruber und der Weg zur Verwaltungsgerichtsbarkeit
Harald Perl

NEWS-RADAR

- 10 Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Praxis
Sonja Berl

AUFSÄTZE

- 14 Zum Ausspruch der Zulässigkeit der Revision an den Verwaltungsgerichtshof in Vergabesachen –
Festgabe Gunther Gruber
Philipp Götzl
- 20 Der Amtssachverständige im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten
Katharina Pabel
- 26 „Zur Sache“ – Die Entscheidung in der Sache (selbst) und ihre Implikationen
Laura Pavlidis
- 37 Die Abgrenzung der verwaltungsrechtlichen von der gerichtlichen Strafbarkeit im Glücksspielrecht
Anna Volgger und Roland Zauner
- 43 Das Bundesverwaltungsgericht im Gefüge der Verwaltungsgerichtsbarkeit
Harald Perl und Michael Sachs
- 50 Verwaltungsgericht Wien – das erste Jahr
Dieter Kolonovits

JUDIKATUR (ZVG-Slg 1-23)

VERFAHRENSRECHT

Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichte

- 58 Zur Verfassungsmäßigkeit des Instituts der Beschwerdeentscheidung
VwGH 8.10.2014, G 83/2014, G 105/2014
- 60 Keine Beschwerdeentscheidung nach Vorlage der Beschwerde an das VwG
LVwG Stmk 16.10.2014, LVwG 49.35-5060/2014
- 62 Maßgebliche Sach- und Rechtslage für das VwG; Ausmaß der Begründungspflicht
VwGH 21.10.2014, Ro 2014/03/0076

Verfahrensrecht der Verwaltungsbehörden

- 64 Entscheidungspflicht der Behörde endet mit Weiterleitung der Beschwerde an das VwG
VwG Wien 24.10.2014, VGW-111/V/077/29527/2014

Verfahrensrecht der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

- 67 Zur Entscheidung über Anträge auf einstweilige Anordnungen ist das VwG zuständig
VwGH 29.10.2014, Ro 2014/04/0069 (Anmerkung von Leopold Bumberger)

MATERIENRECHT**Wirtschaftsrecht**

- 72 Beschwerdelegitimation des Disziplinaranwaltes gegen einen Nichteinleitungsbeschluss
LVwG VlbG 27.10.2014, LVwG-465-001-R3/2014
- 74 Zur Ausübung des Fortbetriebsrechts der Gewerbeberechtigung für „Zahntechniker“ durch eine Konkursmasse
LVwG OÖ 20.10.2014, LVwG-850115/2/BMa/BZ/IIH
- 75 Vortragstätigkeit ohne medizinisch-wissenschaftliche Inhalte ist keine ärztliche Tätigkeit
VwG Wien 13.10.2014, VGW-162/076/10314/2014
- 78 Zum besonderen Beitrag zur Meinungsvielfalt im Verbreitungsgebiet gemäß der Must-Carry-Bestimmung des § 20 Abs 2 und Abs 3 AMD-G
BVwG 15.9.2014, W194 2001567-1
- 81 Glücksspielkontrollen – Mitwirkungs- und Duldungspflicht nur bei verdichtetem Verdacht
LVwG VlbG 8.10.2014, LVwG-1-240/R4-2014

Umweltrecht

- 83 Private Rechte sind kein Gegenstand im gewerberechtlichen Genehmigungsverfahren
VwG Wien 18.8.2014, VGW-122/008/27464/2014

Verkehrswesen

- 85 Aufforderung zur Vorlage einer Haaranalyse zur Feststellung der gesundheitlichen Eignung zum Lenken von Kfz
LVwG OÖ 28.10.2014, LVwG-650224/4/Br/BD
- 87 Gesetzliche Grundlage des Entzugsbescheids widerspricht dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung der in anderen Mitgliedstaaten erteilten Fahrerlaubnisse ohne Formalitäten
LVwG OÖ 21.10.2014, LVwG-650194/7/Bi/SA
- 90 Tatumschreibung bei einer Bestrafung als „Beförderer“ von Gefahrgut
LVwG VlbG 17.9.2014, LVwG-1-370/R4-2014

Fremden- und Migrationswesen

- 93 Dublin III-VO: Zweimonatsfrist zur Stellung eines Aufnahmegesuchs durch den Aufenthaltsstaat bei einer EURODAC-Treffermeldung
BVwG 15.9.2014, W211 2011757-1
- 94 Kriterien bei der Erlassung eines Aufenthaltsverbotes nach § 67 FPG
BVwG 30.10.2014, G307 2013102-1
- 96 Ausstellung einer EU-Freizügigkeitsbestätigung analog zu § 32a Abs 11 AuslBG
BVwG 29.8.2014, W167 2008139-1

Sicherheitswesen

- 99 Die Abnahme einer Digitalkamera und die Löschung der darauf befindlichen Daten ist ein Akt unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Zwangsgewalt
LVwG Stmk 18.7.2014, LVwG 20.3-2931/2014
- 101 Maßnahmenbeschwerde: Rechtswidrige Aufrechterhaltung eines Betretungsverbots
LVwG OÖ 1.10.2014, LVwG-780020/14/Gf/Rt

Bauwesen und Naturschutz

- 103 Einschreiten einer Botschaft für den vertretenen Staat; sicherheitsrelevante Bedenken sind keine subjektiv-öffentlichen Nachbarrechte
VwG Wien 22.9.2014, VGW-111/072/29080/2014
- 105 Kauf von nicht landwirtschaftlich genutztem „Maisäßgebäude“ ohne umliegenden landwirtschaftlichen Grund nach Grundverkehrsrecht zulässig
LVwG VlbG 20.10.2014, LVwG-301-004-R14/2014

Arbeits- und Sozialversicherungsrecht

- 108 Amtswegige Versetzung einer Richterin im Zuge von Änderungen der Gerichtsorganisation (Auflassung von Bezirksgerichten)
BVwG 4.4.2014, W122 2001454-1

Sonstige Materien

- 111 Abgabepflichtiger „Campingplatz“ nur bei Vorliegen infrastruktureller Mindestvoraussetzungen
LVwG Stmk 23.5.2014, LVwG 61.4-2899/2014

TIPPS & INFOS

- 113 Bücherliste
114 Redaktion
115 Autoren
116 Beirat, Impressum



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Februar-Ausgabe der *Sozialen Sicherheit* berichtet von einem Symposium zum Thema „Kinder- und Jugendgesundheit“, das im Hauptverband unter Beteiligung hochrangiger Expertinnen und Experten stattfand. Ferner bringen wir eine Nachlese zu einer Tagung im Hauptverband unter dem Titel „fraud & error“, die einen Einblick in die Vielfalt von Missbrauch in der sozialen Sicherheit ermöglicht.

Wie alljährlich im Februar bringt die Soziale Sicherheit auch in diesem Jahr wieder die personenbezogenen statistischen Daten des Jahres



2014 zum Stand der hier in Österreich Beschäftigten (3,424.000), zur Anzahl der Pensionsbezieher (2,322.500) sowie die Quote der Erwerbsverhältnisse sämtlicher Erwerbstätigen (3,876.000), wie sie zum Stichtag mit 1. Juli 2014 erhoben wurden.

Dr. Thomas Czyptionka (Institut für Höhere Studien) stellt als jemand, der in den Prozess eingebunden ist, Reflexionen zur Gesundheitsreform an und plädiert dafür, die Bevölkerung informierend einzubeziehen und sie vor allem nicht zu überfordern.

Darüber hinaus gehe es darum, einen möglichst großen Spielraum für Innovationen zu schaffen und den angestrebten Lösungen einen genügend großen Zeitraum für ihre Umsetzung einzuräumen. Im Unterschied zu den Anläufen früherer Jahrzehnte bezüglich einer Gesundheitsreform sei man dieses Mal auf einem sehr guten Weg.

Ass.-Prof. Dr. Auer-Mayer (Universität Salzburg) stellte im Rahmen der SV-Wissenschaft Überlegungen zur sozialversicherungsrechtlichen Beurteilung der Beschäftigung von Vertretungsärzten an. Die Expertin für Arbeits- und Sozialrecht geht davon aus, dass Vertretungsärzte überwiegend als selbständige, freiberuflich Tätige angesehen werden, da eine Vertretung in Ordinationen schwerlich auf Grund der Eigenverantwortlichkeit der ärztlichen Berufsausübung als Anstellung anzusehen sei. Die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung hänge jedoch davon ab, inwieweit Bindungen des Vertretungsarztes über jene hinausgehen, denen der zu Vertretende selbst unterliegt.

Abschließend werden von Manfred Glombik, einem Fachjournalisten für Fragen der Rentenversicherung, jene wesentlichen Änderungen inklusive der vorübergehenden Senkung der Altersgrenzen dargestellt, die in Deutschland seit dem 1. Juli 2014 in der gesetzlichen Rentenversicherung in Kraft getreten sind.

Dr. Wilhelm Donner

Impressum

Soziale Sicherheit, 68. Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-6065 • Medieninhaber und Verleger: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger • Redaktion: Mag. Bernhard Wurzer; 1030 Wien, Kundmanngasse 21, Tel.: (01) 71 1 32-11 20 Dwl., E-Mail: prasse@hvb.sozvers.at • Hersteller: Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt • Fotos: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv „Soziale Sicherheit“, Fotolia.com, istockphoto.com • Cover-Layout und Innenentwurf: Manfred Fürst (www.manfredfuerst.at) Layout und Produktion: Ateller Meinhard Heim, 1020 Wien • Abonnementpreis € 26,00 jährlich inkl. 10 % MwSt. und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich gezeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Hauptverbandes übereinstimmen.

Nr. 2, herausgegeben im Februar 2015



Aktuell

- 42 Geeignete Rehabilitation für Kinder und Jugendliche: Kinder- und Jugendgesundheits-symposium im Hauptverband
- 47 „G2plus“-Kampagne
Gesund in die Arbeit – gesund von der Arbeit

Neue Wege

- 48 Personenbezogene Statistiken 2014
Reinhard Haydn
- 58 Gesundheitsreform – der menschliche Faktor
Dr. Thomas Czyptionka
- 64 Sozialversicherungsrechtliche Beurteilung der Beschäftigung von Vertretungsärzten im Lichte der Rechtsprechung
Ass.-Prof. Dr. Susanne Auer-Mayer

International

- 76 Neuregelungen in der Rentengesetzgebung: Deutschland – Das Mikado für Altersrenten
Manfred Glombik

Information

- 82 „Missbrauch in der sozialen Sicherheit – Herausforderungen und Perspektiven im Bereich fraud and error“ – ein Tagungsbericht
- 85 NÖGKK-Studie zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Den Herztod erleiden überwiegend Frauen
- 86 Goldener AUVA-Pflegepreis vergeben: Verleihungen fanden in Wien, St. Pölten und Eisenstadt statt

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.



Hakelmacher und der rotierende Wirtschaftsprüfer	159
Lifo und Maßgeblichkeitsprinzip	167
Harmonisierung des öffentlichen Rechnungswesens	171
Immobilien des Anlagevermögens in der Handelsbilanz (IDW ERS IFA 2)	181

EDITORIAL

Lars Martin Klieve

Herausforderungen eines modernen kommunalen Beteiligungsmanagements.....1

KOMPAKT

Zum Tode von Hans Havermann..... 153

Prüfung

IDW zur Prüfung kommunaler Einrichtungen in Rheinland-Pfalz..... 153

Empfehlungen für ein effektives und effizientes Compliance Management..... 153

Überarbeitung von ISA 800 und ISA 805 153

Rechnungslegung

Übergang zur periodengerechten Erfolgsermittlung öffentlicher Haushalte 154

DPR: Tätigkeitsbericht 2014 154

Keine Pflicht zur Erläuterung nicht angesetzter Aktivüberhänge latenter Steuern im Anhang..... 154

Jährliche Verbesserungen der IFRS (AIP 2010–2012) und Änderungen an IAS 19 155

Jährliche Verbesserungen der IFRS (AIP 2011–2013)..... 155

Wirtschaftsrecht

Reform des Vergaberechts 156

Frauenquote in Führungspositionen..... 156

EU fördert Forschung und Innovationen von KMU 157

Erhebung der Bankenbeiträge zum europäischen und nationalen Abwicklungsfonds 157

Verbesserungen beim Rating strukturierter Finanzprodukte..... 157

Korruptionsbekämpfung wird verstärkt..... 157

Steuern

IDW zum OECD-Musterabkommen..... 158

Steuerprogressionsbericht der Bundesregierung..... 158

BEITRÄGE

Sebastian Hakelmacher

Der rotierende Wirtschaftsprüfer 159

Prof. Dr. Gerrit Adrian

Lifo und Maßgeblichkeitsprinzip –
Zugleich Anmerkungen zum
BMF-Entwurfsschreiben..... 167

**Thomas Müller-Marqués Berger und
Dr. Jens Heiling**

Harmonisierung des öffentlichen
Rechnungswesens – Ein Überblick
über das neue IPSAS-Rahmen-
konzept.....171

**Ingeborg Esser und
Prof. Dr. Werner Nann**

Bewertung von Immobilien des
Anlagevermögens in der Handels-
bilanz – Eine Einführung in
IDW ERS IFA 2.....181

STEUERN & RECHT

Einkommensteuer

Übertragung eines GmbH-Anteils
unter Vorbehaltsnießbrauch 187

Einkommensbesteuerung der auf
einem Vermächtnis beruhenden
Leistungen einer Stiftung an
Destinatäre.....189

Anwendung der Tarifbegünstigung
auf Vergütungen für mehrjährige
Tätigkeiten bei den Gewinn-
einkünften192

Grunderwerbsteuer

Landzuteilung im Flurbereinigungs-
verfahren nur bei wertmäßiger
Mehrzuteilung grunderwerbsteuer-
pflichtig195

Erbschaftsteuer

Freigebiges Zuwendung an Neu-
gesellschafter bei Kapitalerhöhung
einer GmbH; Anwendbarkeit des
§ 13 a ErbStG in einem solchen Fall...196

Wirtschaftsrecht

Zum Begriff „Anlagevermittlung“ ... 200

BIBLIOTHEK

Neue Bücher..... IV

Rezensionen V

Zeitschriftenspiegel..... VI

Impressum VIII



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Dr. Thorsten Pöttsch, Berlin

Aktuelle Entwicklung des Kapitalmarktrechts – Ein Überblick 357

Rechtsanwälte Dr. Berthold Kusserow, Hofheim a. T., und Dr. Patrick Scholl, Frankfurt a. M.

Kreditderivate im Kraftfeld der BRRD – Die neuen Musterbedingungen für Kreditderivate
– Teil I – 360

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

EuGH 11.9.2014 Rs. C-67/13 P* Zur Frage des Verstoßes gegen das Kartellverbot des Artikel 101 AEUV durch Maßnahmen im Hinblick auf Tarifmaßnahmen einer Interessenvereinigung von französischen Banken im Hinblick auf Systeme für die Zahlung und Abhebung mit herausgegebenen Bankkarten 368

OLG Nürnberg 21.10.2014 14 U 916/13 Zur Frage eines Anspruchs auf Vorfälligkeitsentschädigung bei berechtigter Kündigung eines Darlehens durch den Darlehensnehmer 374

LG Berlin 16.12.2014 10 S 8/14* Zum Bereicherungsausgleich bei Fehlüberweisungen nach Umsetzung der EU-Zahlungsdiensterichtlinie 376

LG Bonn 18.6.2014 2 O 268/13* Zum Anspruch auf Rückzahlung der Vorfälligkeitsentschädigung und zur Wirksamkeit eines Widerrufs, insbesondere zur Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung 377

LG Köln 7.10.2014 21 S 5/14* Zu einem Schadensersatzanspruch einer Bank gegen ihren Kunden wegen grob fahrlässiger Verletzung der Bedingungen der Bank für das Online-Banking 380

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 4.11.2014 II ZB 15/13* Zur Höhe des wirtschaftlichen Interesses eines mit der Geschäftsführung beauftragten, am Gesellschaftsvermögen aber nicht beteiligten Gesellschafters einer Personen- oder Personenhandelsgesellschaft an der Nichtigerklärung des Ausschließungsbeschlusses der Gesellschaft 380

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 8.1.2015 IX ZR 203/12* Zur Feststellung der Zahlungseinstellung und der Kenntnis des Benachteiligungsvorsatzes auf der Grundlage von Indizien 381

Bundesgerichtshof 29.1.2015 IX ZR 258/12* Keine Begründung einer Masseverbindlichkeit, wenn die Schuldnerbank nach der irrtümlichen Rückbuchung einer schon genehmigten Lastschrift den Lastschriftbetrag vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens an den zum Einzug von Forderungen ermächtigten vorläufigen Insolvenzverwalter mit Zustimmungsvorbehalt auszahlt 385

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof 24.9.2014 VIII ZR 394/12 Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen eine wesentliche Vertragsverletzung im Sinne des UN-Kaufrechts vorliegt; zur Vertragsaufhebung als ultima ratio des UN-Kaufrechts; zur Aufrechnung von gegenseitigen Geldforderungen, die aus demselben dem UN-Kaufrecht unterliegenden Vertragsverhältnis entspringen 388

Bundesgerichtshof 22.10.2014 VIII ZR 195/13 Zur verschuldensunabhängigen Haftung des Verkäufers von Futtermitteln, sofern er keine Angaben über die Beschaffenheit des Futters gemacht hat und dieses nicht der handelsüblichen Reinheit und Unverdorbenheit entspricht; zur Haftung des Futtermittelverkäufers für dioxinverdächtigtes Tierfutter 397

Bundesgerichtshof	12.11.2014	VIII ZR 42/14	Zur Wirksamkeit eines im Wege der Internetauktion („eBay“) abgeschlossenen Kaufvertrages, bei dem ein großes Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung besteht	402
Bundesgerichtshof	10.12.2014	VIII ZR 90/14	Zur Auslegung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen von eBay beim vorzeitigen Abbruch einer eBay-Auktion	403
Sonstiges				
Bundesgerichtshof	12.6.2014	I ZR 50/13	Zur Überzeugungsbildung des Tatrichters von der Richtigkeit des vom Anspruchsteller behaupteten Umfangs einer verlorengegangenen Sendung; keine Beweiserleichterung aufgrund der Grundsätze zum Anscheinsbeweis	406
Bundesgerichtshof	18.11.2014	II ZR 1/14	Wirksamer Kostenantrag des der auf Seiten des Beklagten beigetretenen Nebenintervenienten durch den zweitinstanzlichen Anwalt nach einer Klagerücknahme des Beschwerdegegners im Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren	408
Bundesgerichtshof	6.11.2014	IX ZR 204/13	Wirkungslosigkeit einer im Berufungsverfahren verfolgten Klageerweiterung, wenn die den erstinstanzlichen Streitgegenstand betreffende Berufung durch einstimmigen Beschluss zurückgewiesen wird	410
Bundesgerichtshof	12.11.2014	XII ZB 289/14	Zur Glaubhaftmachung durch eine anwaltliche eidstattliche Versicherung im Wiedereinsetzungsverfahren, wenn konkrete Anhaltspunkte es ausschließen, den geschilderten Sachverhalt mit überwiegender Wahrscheinlichkeit als zutreffend zu erachten	410

Bücherschau

Carsten Thomas Ebenroth/ Karlheinz Boujong/Detlev Joost/Lutz Strohn	Handelsgesetzbuch, Band 1, 3. Aufl.	412
	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Band 1, 4. Aufl.	412

Hinweis

Dieser Ausgabe liegt das Jahresinhaltsverzeichnis 2014 bei

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de; Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 90,90 (einschl. 7 % MwSt. € 5,95) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2015 Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

NJW-Inhalt

Aufsätze

Ronald Schmid

Die „Unvollendete“: Zehn Jahre Fluggastrechte-Verordnung

Auch zehn Jahre nach ihrem Inkrafttreten gibt die Fluggastrechte-Verordnung auf zahlreiche Praxisfragen des Luftverkehrs noch keine befriedigenden Antworten. Die Judikatur in den Mitgliedstaaten divergiert deshalb. Der Autor gibt einen Überblick über die wichtigsten offenen Fragen, die etwa Details der Entschädigung bei Flugverspätung betreffen.

513

Julia Burkard-Pötter / Stephan Sura

Das Praktikum im neuen Gewand – Praxiseinblicke zwischen Mindestlohn und prekärem Beschäftigungsverhältnis

Das Mindestlohngesetz will unter anderem die Situation schlecht oder nicht bezahlter Praktikanten verbessern. Die Autoren nehmen – nach Darstellung des rechtlichen Rahmens für Praktika – die Neuregelungen kritisch unter die Lupe. Sie zeigen eine Lücke bei Pflichtpraktika auf und identifizieren aufscheinende Probleme und Missbrauchspotenzial.

517

Christian Deckenbrock

Tätigkeitsverbote wegen nichtanwaltlicher Vorbefassung und ihre Sozietätserstreckung

Wer bereits in anderer Funktion in einer Sache tätig war, darf nicht anwaltlich darin tätig werden. Dass dieses Verbot sich auch auf alle Sozietäten des Anwalts erstreckt, stellt Kanzleien mitunter vor gravierende Probleme. Der Autor reflektiert die aktuelle BGH-Judikatur kritisch und plädiert für eine verfassungskonforme Begrenzung der Sozietätsklausel.

522

Zur Rechtsprechung

Stefan Lunk

Der GmbH-Geschäftsführer und die Arbeitsgerichtsbarkeit – Das BAG macht den Weg frei!

(BAG, NJW 2015, 570)

528

Bericht

Helmut Hoffmann

Die Entwicklung des Internetrechts bis Ende 2014

530

Kanzlei & Mandat

Winfried Born

Verlängerung des nahehelichen Unterhalts wegen Kindesbetreuung

534

Personalien

Ingeborg Rakete-Dombek / Wolfgang Ewer

Hans-Jürgen Rabe †

536

Buchbesprechungen

Ipsen: Völkerrecht (*Christian Hillgruber*); Kloweit/Gläßer: Mediationsgesetz (*Nicole Conrad*); Fitting/Engels/Schmidt/Trebinger/Linsenmaier: Betriebsverfassungsgesetz (*Hermann Reichold*); Däubler/Bonin/Deinert: AGB-Kontrolle im Arbeitsrecht (*Wolfgang Hromadka*)

537

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Dokumentation	18
Wer sorgt für Kita-Plätze – Kommunen oder Gerichte? (S. Rixen)		Das Ehrenamt rechtlich gesehen (M. Evers)		Rubrikenmarkt	25
Gesetzgebung	6	Standpunkt	14	web.report	28
Rechtsprechung in Kürze	6	Krankheit oder Behinderung? – Abgrenzungsfragen bei Adipositas (O. Tolmein)		Stellenmarkt	29
Entscheidung der Woche	10	Haftungsseite	16	Beck'sche Zeitschriften	36
Leserforum	10	Mitgefangen, mitgegangen – Die Tücken der Scheinsozietät (J. Braun)		Buchhinweise	38
Zahlen der Woche	10			Veranstaltungshinweise	40
				Kommendes Heft/Impressum	42



Rechtsprechung

EGMR	27.03.14 – 54963/08	Unschuldsvermutung bei Ablehnung der Aussetzung des Strafrests zur Bewährung	539
BVerfG	19.11.14 – 1 BvR 2843/14	Zeitpunkt der Einholung eines Abstammungsgutachtens (Anm. A. Sanders)	542
BGH	22.10.14 – VIII ZR 195/13	Haftung des Futtermittelverkäufers bei Kontaminationsverdacht (Anm. P. Rott)	544
BGH	12.11.14 – VIII ZR 42/14	Wirksamkeit eines Kaufvertrags über ein „Schnäppchen“ bei Internetauktion	548
BGH	10.10.14 – V ZR 315/13	Keine Mehrheit kraft Öffnungsklausel für Mitarbeitspflichten im Wohnungseigentum	549
BGH	18.12.14 – VII ZR 139/13	Keine Bauhandwerkersicherung nach Grundstücksveräußerung durch Besteller	552
BGH	30.09.14 – X ZR 126/13	Anrechnung der Ausgleichsleistung an Fluggast auf dessen Minderungsansprüche	553
BGH	16.09.14 – XI ZR 78/13	Anwendbares Recht bei kreditfinanzierter Lebensversicherung	555
BGH	18.11.14 – II ZR 1/14	Kein BGH-Anwaltszwang für Kostenantrag des Nebenintervenienten im NZB-Verfahren	557
BGH	18.12.14 – VII ZR 102/14	Bindung bei Streitverkündung im selbstständigen Beweisverfahren (Anm. H. Schäfer)	559
OLG Nürnberg	23.06.14 – 15 W 1126/14	Beantragung der Grundstücksumschreibung durch Nichtberechtigten	562
OLG Bremen	03.12.14 – 4 UF 112/14	Schadensersatzpflicht der Eltern wegen Abhebungen vom Sparbuch des Kindes	564
OLG Frankfurt a. M.	09.09.14 – 6 UF 160/14	Anschlussbeschwerde des Versorgungsträgers bei Teilanfechtung durch Beteiligten	565
BGH	03.11.14 – AnwSt (R) 4/14	Sozietätserstreckung des Tätigkeitsverbots wegen nichtanwaltlicher Vorbefassung	567
VGH München	04.11.14 – 5 C 14.2016	Wichtiger Grund für eine öffentlich-rechtliche Namensänderung	569
BAG	22.10.14 – 10 AZB 46/14	Abberufung eines GmbH-Geschäftsführers – Rechtsweg	570
BAG	17.09.14 – 10 AZB 43/14	Arbeitnehmereigenschaft des Gesellschafters einer GmbH – Rechtsweg	572
BFH	08.10.14 – VI R 82/13	Wirksame Übermittlung einer Einkommensteuererklärung per Fax	575
BFH	25.09.14 – III R 10/14	Kindergeld – Beibehaltung des Inlandswohnsitzes trotz Auslandsstudiums (Ls.)	576

ÖGZ 2/2015

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2112

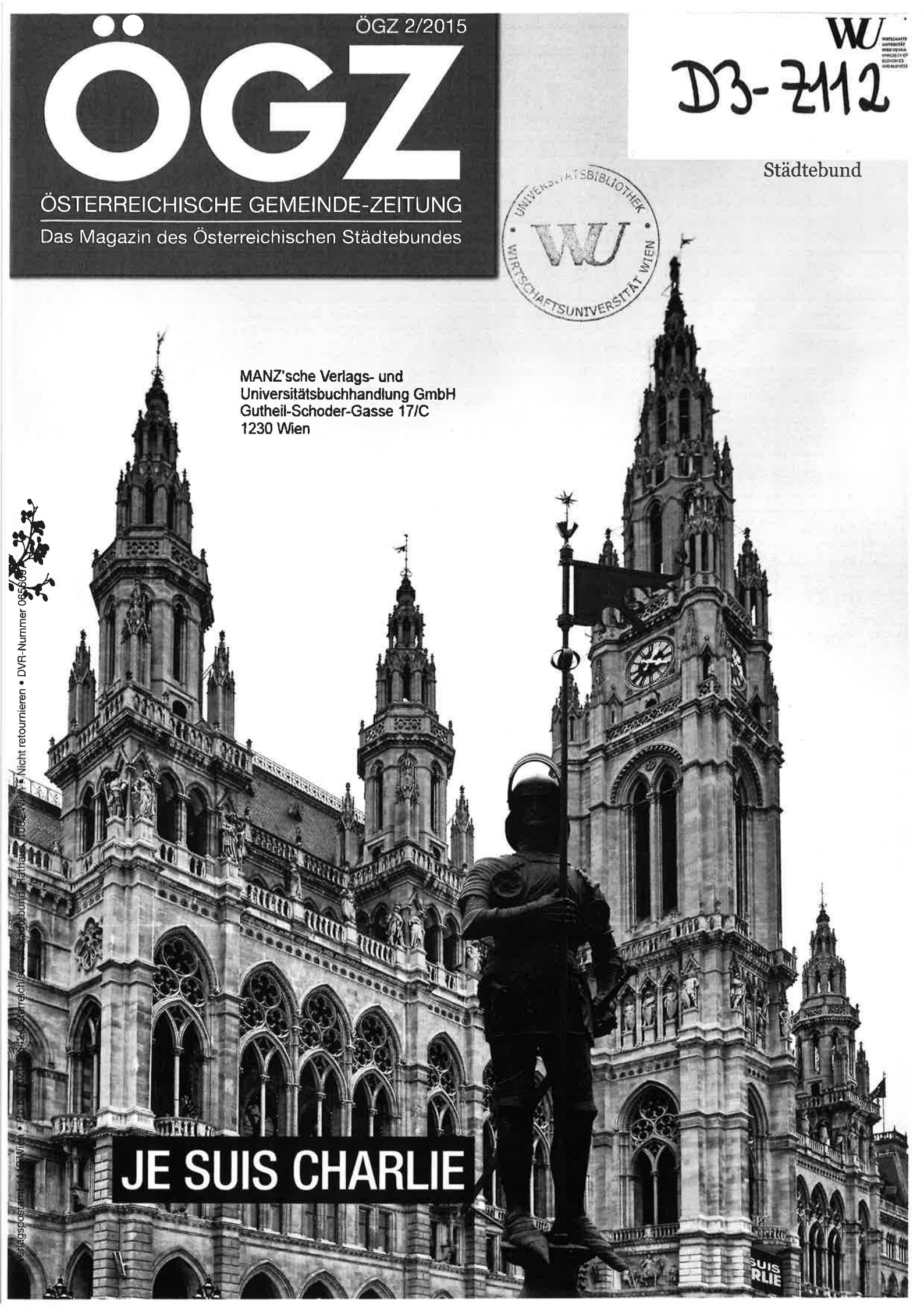
Städtebund



MANZ'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH
Gutheil-Schoder-Gasse 17/C
1230 Wien

JE SUIS CHARLIE

© 2015 ÖGZ - Österreichische Gemeindezeitung - ISSN 1608-0007 • Druck: DVA-Druck • Vertrieb: ÖGZ • Foto: DVA-Druck • Gestaltung: ÖGZ • Druck: DVA-Druck • Vertrieb: ÖGZ • Foto: DVA-Druck • Gestaltung: ÖGZ



GENERALSEKRETÄR



Am Anfang war die Stadt

„Wer die Dinge beim falschen Namen nennt, trägt zum Unglück der Welt bei.“
(Albert Camus)

Die Wurzeln von Demokratie und Rechtsstaat liegen in der Stadt: in der griechischen Agora, in der Stadt des Mittelalters und der Neuzeit. Diese, unsere gemeinsamen demokratischen Werthaltungen stehen unter Druck. Ökonomisch kommt dies im Begriff „marktfähige Demokratie“ zum Ausdruck. Aber nicht die Demokratie ist dem Markt unterzuordnen, sondern umgekehrt. Der Österreichische Städtebund tritt deshalb gegen Freihandelsabkommen hinter verschlossenen Türen und gegen die Privatisierung des Rechtsstaates in Form eines parallelen Rechtssystems ein. Politisch stehen wir vor der Herausforderung, die „politischen Leidenschaften, die Religionen und Ideologien zu entfachen imstande sind, einzudämmen. Die Trennung von Staat und Religion gilt für alle Glaubensgemeinschaften. In einer modernen Zivilgesellschaft gehört die Religion in die Kirche, in die Synagoge, in die Moschee oder in den Ashram, nicht auf die Agora“. (W. Müller-Funk, Der Standard, 10/11.1.2015) Paris ist in diesem Sinne auch symbolischer Ort für die Demokratie, wo die Aufklärung tief verwurzelt ist. Gerade wir in den Städten und Gemeinden sind täglich gefordert, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und gemeinsam zu verteidigen.

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

2 Am Anfang war die Stadt
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes
Generalsekretär Thomas Weninger

3 Orte der Solidarität und Zivilcourage
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes
Bürgermeister Michael Häupl

Impressum

4 Städtebund Aktuell
Diverse Kurzmeldungen aus den Städten



Der Schnellbahn-Ausbau in Oberösterreich soll die Verkehrsinfrastruktur optimieren und den rund 15.000 PendlerInnen die An- und Abreise erleichtern.
Mehr auf Seite 6

8 Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern

11 Die Stadt der Zukunft
Die Stadt der Zukunft begegnet vielen Herausforderungen. Wie tolerantes Zusammenleben, Wohlstand, smartes Wohnen, Verkehr und Energieversorgung künftig bestmöglich gewährleistet werden können, beschäftigt Expertinnen und Experten.



Immer mehr Gemeinden sind für die sogenannte Gemeinwohl-Ökonomie. Worum es dabei geht, erklären Christian Felber und Günther Reifer auf Seite 36.



PRÄSIDENT



Orte der Solidarität und Zivilcourage

Unsere aufrichtige und uneingeschränkte Anteilnahme gilt den Opfern des Terroranschlags auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ in Paris. Dieser feige menschenverachtende Terror ist zu verurteilen und mit all unseren politischen Anstrengungen energisch zu bekämpfen. Wir werden es nicht zulassen, dass an den demokratischen Werten unserer Gesellschaft – mit ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung – gerüttelt wird. Sie ist das Fundament unseres politischen, kulturellen und geistigen Lebens. Weltweit haben sich Millionen Menschen in den Städten solidarisiert und sind geschlossen für Frieden, Freiheit und Solidarität auf die Straßen gegangen. Städte sind Orte der Demokratie und Vielfalt; hier werden unterschiedliche politische Gesinnungen, verschiedene Religionsbekenntnisse und Nationalitäten respektiert. Die furchtbaren Ereignisse von Paris zeigen jedoch, dass europäische Städte durch zunehmende soziale Ungleichheit vor großen Herausforderungen stehen. Der soziale Zusammenhalt muss mit allen Mitteln gestärkt und darf nicht in Frage gestellt werden. Die Politik ist gefordert, alle Hebel daran zu setzen, unsere pluralistische Gesellschaft zu schützen.

Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

58 Magazin

Wie Graz die Zukunft sieht, Ergebnisse der „Urban Future Global Conference“ und Überlegungen des Verkehrsausschusses



„Smart City“ Graz: Projekte wie die Entwicklung der Reininghaus-Gründe zeigen das Potenzial der steirischen Landeshauptstadt als „Stadt der Zukunft“.
Mehr auf Seite 58-59

64 Finanzen

Dezember 2014
Jänner 2015

66 Recht

Kostensatz für Gemeindeaufgaben

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Ausgabe Nr. 2/2015 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr. Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.ª Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag.ª Marie-Luise Kriegl, Bakk., Grafik: Martin Hampejs, Lektor: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. NfG, KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2015: 10 Ausgaben • Coverfoto: Markus Wache, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

OFFENLEGUNG: Gemäß § 25 Mediengesetz • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Grundlegende Richtung: Die thematische Bandbreite reicht von gemeinderechtlichen bis zu finanzpolitischen Fragen aus Theorie und Praxis und berichtet über die Beratung aktueller Fragen in den Ausschüssen des Österreichischen Städtebundes sowie über europapolitische Themen.

→ Editorial	1
Videoüberwachung und Datenschutz <i>Von Helmut Ofner</i>	

Europarecht

→ Alle Rechtsschutzlücken geschlossen? Zum System des Individualrechtsschutzes im Unionsrecht nach <i>Inuit II</i>	4
--	---

Im System des Individualrechtsschutzes waren vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Rechtsschutzlücken beklagt worden. In der Rs *Inuit II* hat der EuGH zu diesen grundlegenden Fragen des Rechtsschutzes Stellung genommen und ausgeführt, dass dem Einzelnen nunmehr lückenloser Rechtsschutz zukommt.

Von Cornelia Leeb

→ Union aktuell	13
<i>Von Alina Lengauer</i>	

→ EuGH-Rechtsprechungsübersicht: ZfRV-LS 2015/1–8	17
---	----

1: Beitrittsvertrag zu EMRK unvereinbar mit Unionsrecht (*Alina Lengauer*)

2: Begriff des „Organismus, der geeignet ist, den Prozess der Entwicklung eines Menschen in Gang zu setzen“ (*Alina Lengauer*)

3: Adipositas ist als „Behinderung“ einzustufen

4: Bei „Aufenthaltskarte von Familienangehörigen“ besteht kein Visum-Erfordernis

5: Dringende Krankentransporte dürfen vorrangig und direkt an Freiwilligenorganisationen vergeben werden

6: Umfang des Anspruchs auf rechtliches Gehör für illegal aufhältige Drittstaatsangehörige

7: Umfang des Anspruchs auf rechtliches Gehör für illegal aufhältige Drittstaatsangehörige

8: Beweislast für Information und Prüfung der Kreditwürdigkeit obliegt Kreditgeber

Einheitliches Kaufrecht/ Internationales Privatrecht

→ Zur räumlichen Geltung des UN-Kaufrechts und des Rechts der OHADA	21
---	----

Die Koexistenz des „regionalen“ und „universalen“ Einheitsrechts wirft eine Reihe von Rechtsfragen auf, deren Behandlung und Lösung nicht nur Schwierigkeiten bereiten, sondern auch eine erhebliche Umstellung erfordern. Einerseits bietet der wachsende Bestand regional vereinheitlichter oder harmonisierter Rechtsnormen gegenüber dem disziplinären Rechtswesen des Völkerrechts ein anderes, facettenreiches Bild und bewirkt damit im Bereich des Privat- und Handelsrechts (Unternehmensrechts) neue Forschungsweisen sowie ein anderes Denken und Wissen. Andererseits führt die Entwicklung der elektronisch unterstützten Gestaltung sämtlicher wirtschaftlicher Transaktionen (e-Business) einen Wandel in der Wirtschaft herbei. Aus dieser Perspektive stellt der Beitrag die räumliche Geltung des UN-Kaufrechts den OHADA-Bestimmungen (insb AU.DCG) kritisch gegenüber, um einen Überblick über die Anwendungsvoraussetzungen beider Regelwerke zu geben. Hieraus können Verbesserungsmöglichkeiten und Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Von Joseph-Augustin Tchameni

- Rechtsprechungsübersicht: ZfRV-LS 2015/9–14 29
- 9: Keine internationale Zuständigkeit bei Einlassung durch einen Abwesenheitskurator
- 10: Anknüpfung von Sicherheits- und Verhaltensregeln
- 11: Gerichtsstandsklauseln in AGB
- 12: Lauterkeitsrechtliche Unterlassungsansprüche richten sich nach dem Markortsprinzip
- 13: Verfahrensmangel wegen Nichtermittlung des fremden Rechts
- 14: Anerkennungsfähigkeit einer kenianischen Adoption



Rechtsvergleichung

- Die floating charge – wie man Kredite mittels einer Wolke sichert 31
- Vergleich englischer Kreditsicherung durch das Unternehmensvermögen mit deutscher Sicherungsübereignung und Grundschuld**

Zur Kreditsicherung durch das gesamte Unternehmensvermögen bedient sich eine englische *company* im *Common Law* dem praktischen Mittel der *floating charge*. Im deutschen *Civil Law* stehen Unternehmen nur andersartige und Einzelsicherheiten wie Sicherungsübereignung und Grundschuld zur Verfügung. Der Beitrag vergleicht im Kontext der Ökonomie und Interessen der Sicherungsparteien die Konzepte zur Kreditsicherung an Mobilien und Immobilien.

Von Johannes Ungerer

Standards

- Impressum 1

Ruck zuck
recherchiert.

Die RDB. Einfach wie noch nie.
Zuverlässig wie schon immer.

rdb.at /
wo MANZ findet

ÖJZ aktuell 145

Beiträge

→ Arbeitgeberberei-genschaft und haftpflichtige Personen bei Lohnbetrug. 149
 Als Subunternehmer tätig werdende Scheinfir-men in der Bauwirtschaft melden Dienstnehmer (DN) zur Sozialversicherung (SV) an und bleiben geplan-termaßen das Entgelt schuldig. Zu klären bleibt die Person des Arbeitgebers (AG) sowie die Haftung Dritter für das ausfallende Entgelt.
Von Reinhard Resch

→ Was darf im Bundesgesetzblatt kundgemacht werden? 157
Zur Kundmachung von Ver-waltungsverordnungen und anderer nicht außenwirksamer Rechtsakte
 Die Rechtsqualität von Verwaltungsverordnungen ist in Lehre und Rechtsprechung seit vielen Jahren umstritten. Der Beitrag geht auf diese Diskussion ein, befasst sich allerdings primär mit der Frage, ob Verwaltungsverordnungen (auch) nach der derzeitigen Rechtslage im BGBl kundgemacht werden dürfen.
Von Christoph Hofstätter

Evidenzblatt

→ Europäisches Zivilverfahren 165
OGH 15. 7. 2014, 10 Ob 21/14 g
 22: Ausrichten unternehmerischer Tätigkeit auf den Wohnsitzstaat des Verbrauchers auch durch Vermittler
Mit Anmerkung von Leander D. Loacker

→ Heimaufenthaltsrecht 170
OGH 7. 5. 2014, 7 Ob 209/13 f
 23: Keine Freiheitsbeschränkung durch Anziehen eines Overalls
Mit Anmerkung von Stefan Schwab

→ Konsumentenschutzrecht 172
OGH 21. 8. 2014, 3 Ob 118/14 w
 24: Preisminderung gebührt auch bei Hotelwechsel

→ Schadenersatzrecht 174
OGH 23. 7. 2014, 8 Ob 66/14 k
 25: Anlegerschaden und Feststellungsklage
Mit Anmerkung von Petra Leupold

→ Schuldrecht 178
OGH 21. 5. 2014, 3 Ob 9/14 s
 26: Regress vier Jahre nach einem Brand ist nicht verjährt

→ Medienrecht 181
OGH 1. 10. 2014, 15 Os 99/14 v
 27: Mediale Warnung

→ Strafprozessrecht 184
OGH 29. 10. 2014, 15 Os 180/13 d
 28: Durch ausländische Behörden angeordnete Überwachung auf österr Staatsgebiet



EvBl-Leitsätze

→ Arbeitsrecht	185
OGH 29. 10. 2014, 9 ObA 88/14 b	
25: Der kündigende Bürgermeister: falsus procurator	
→ Außerstreitverfahren	186
OGH 21. 10. 2014, 4 Ob 166/14 m	
26: Inventarisierung einer Liegenschaft richtet sich nicht zwingend nach Grundbuchsstand	
→ Familienrecht	186
OGH 22. 10. 2014, 3 Ob 179/14 s	
27: Kontinuität der Erziehung ist bei der Obsorge zu berücksichtigen	
→ Grundbuchsrecht	187
OGH 23. 10. 2014, 5 Ob 184/14 s	
28: Bei Teilung des herrschenden Guts muss Übertragung einer Servitut beantragt werden	
→ Provisorialverfahren	187
OGH 10. 9. 2014, 7 Ob 132/14 h	
29: Gewaltschutz bei Missbrauchsverdacht?	
→ Schadenersatzrecht.	188
OGH 23. 10. 2014, 2 Ob 121/14 d	
30: Mitverschulden bei Nichtbenützung des Radwegs	
→ Strafrecht	188
OGH 29. 10. 2014, 15 Os 113/14 b	
31: Sachbeschädigung nicht unbedingt typische „Begleittat“ von Einbruchdiebstahl	
→ Strafprozessrecht	189
PräsdOGH 12. 11. 2014, 1 Präs 2690–4605/14 p	
32: Zulässiger Befangenheitsantrag setzt bestehende Organfunktion voraus	

Forum

→ Vorbringen und Anspruch – Stolpersteine im Reiserechtsprozess	189
<i>Von Eike Lindinger</i>	

Sprache und Recht

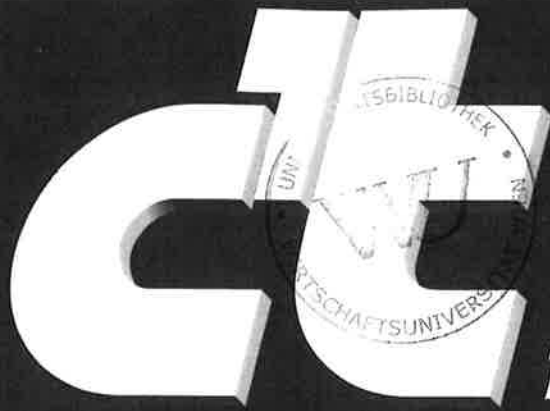
→ Anregung aus der Praxis	191
<i>Von Max Leitner</i>	

Kosten

→ Kostenseitig	192
<i>Von Josef Obermaier</i>	

Standards

→ Impressum	148
→ Buchbesprechungen	190



**magazin für
computer
technik**

21. 2. 2015

6

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
TECHNOLOGY
UNIVERSITY OF
APPLIED SCIENCES

D3-7311

**Die erste
Steam-Konsole**

PC, Notebook, Smartphone, Kamera, Tablet, Drucker ...

Gebraucht, günstig, gut

Getestete Hardware mit Garantie und legaler Software

Gefälschte PGP-Schlüssel

Schlanker als MacBook Air: Dell XPS 13

Tinten-Alleskönner fürs Büro

Der optimale Photoshop-PC

8-TByte-Platten

Schufa-Daten korrigieren

Raspi-Server Ionas

Trick-Filmen mit Lego

Musik-Remix-Workshop

Linux: RAID mit Btrfs



Fritzbox ausreizen

Kosten sparen, Reichweite verbessern, Fernsteuern per Skript



€ 4,20

AT € 4,40 • CH CHF 6,90
Benelux € 5,00
IT € 5,00 • FR € 6,00

aktuell

Prozessorgeflüster: Samsungs erstes 14-nm-SoC	16
Hardware: Grafikchips, Mini-PC für Spiele	18
Embedded: 64-Bit-ARM-Kerne, USB-Oszilloskop	20
Peripherie: Fotodrucker, VR-Brillen, FreeSync-Monitor	22
Server & Storage: VMware-Appliance, SAS redundant	25
Spiele: Fahrenheit HD, Screenshot-Zensur im App Store	26
Audio/Video: Musik-Flatrate, Synthesizer, Smartwatches	28
Internet: The Bat, Maxthon, Facebook-Flohmarkt	29
Smartphones: Reparatur-Vergleich, erstes Ubuntu-Phone	30
Windows 10 für Smartphones als Vorabversion	31
Apps: Cloud-Speicher, News, Senioren-Launcher	32
Netze: Dreifach-WLAN-Router, Access Points	34
Sicherheit: Patchday-Pannen, Android-Lücken, WhatsSpy	35
Linux: Owncloud 8, sicherer Systemstart	36
Forschung: Autonomes Fahren, DNA-Datenspeicher	38
Apple: Bildbearbeitung, iPhoto-Nachfolger	40
Arbeitsbedingungen: Was Apple (nicht) erreicht hat	41
Ausbildung: Linux-Tage, Schreibwerkstatt, Physik	42
Photoshop: 25 Jahre Bildbearbeitung von Adobe	44
Anwendungen: Geodaten, PDF-Prüfung, Online-Office	46
SAP-System im RAM, PC-Verwaltung	48
SolidWorks lernt PCB, Simulationspaket Ansys 16	49

Magazin

Vorsicht, Kunde: Datenbereinigung bei der Schufa	68
Internet-Versicherungen gegen Online-Risiken	70
Teilchenphysik: CERN startet Run 2 des LHC	74
Recht: Gebrauchtssoftware	92
Bücher: Digital Destiny, Wirtschaftsinformatik, Audacity	192
Story: Wie ein Ei dem anderen, Teil 2 von Arno Endler	198

Internet

E-Mail-Verschlüsselung: Gefälschte PGP-Schlüssel	160
Web-Tipps: Sprachen-Karte, Tatort-Rezepte, Klopapier	190

Software

Kinderschutzsoftware: Qustodio	54
Equalizer-Plug-in: Sonible Frei:raum	54
Musik-Effekt-Plug-in: Sugar Bytes Looperator	54
Mac-Fernbedienung: Alfred Remote für iOS	56
Mail-Client: Airmail 2 für OS X	56
Notensatz: Forte 6 Home	57
Web-Kuratierer: Keeeb trägt Schnipsel zusammen	57
Spiele: Island Flight Simulator, Book of Unwritten Tales 2	194
Tales from the Borderlands, Grey Goo	195
Life is Strange, Indie- und Freeware-Tipps	196
Grim Fandango Remastered	197
Zelda: Majora's Mask 3D	197
Monster Hunter 4 Ultimate	197

Hardware

Windows-Tablet: HP Stream 7 für 100 Euro	50
HDMI-Recorder: 1080p60-Aufzeichnung über USB 2.0	50



Gebraucht, günstig, gut

Professionelle Wiederaufbereiter verkaufen gebrauchte High-End-Geräte mit Gewährleistung zum Einsteigerpreis. Darunter ist so manches Schnäppchen: etwa das Business-Notebook mit frischer Windows-Lizenz oder der Laserdrucker, der noch für viele preisgünstige Ausdrucke gut ist.

Gebraucht-IT vom Profi	78	Drucker	90
Desktop-PCs	82	Monitore	90
Notebooks	84	Kameras	91
Smartphones und Tablets	86	Software	92
Für Firmen und Schulen	88	FAQ	94

8-TByte-Platten	58
Raspi-Server Ionas	66
Die erste Steam-Konsole	102
Schlanker als MacBook Air: Dell XPS 13	106
Tinten-Alleskönner fürs Büro	114
Trick-Filmen mit Lego	164
Musik-Remix-Workshop	168
Linux: RAID mit Btrfs	178

Schufa-Daten korrigieren

Datensammler wie die Schufa häufen Informationen über beinahe jeden Bürger an. Ein negativer Eintrag – und schon verweigert die Bank den Kredit oder der Handy-Anbieter den Vertrag. Fehler sind deshalb ärgerlich, und es ist gar nicht leicht, sie korrigieren zu lassen.



Gefälschte PGP-Schlüssel

E-Mail-Verschlüsselung mit PGP ist sogar vor Geheimdiensten sicher – wenn man denn die richtigen Schlüssel benutzt. Dummerweise sind Namen und Mail-Adressen in PGP-Schlüsseln nicht geschützt, sodass reihenweise Fälschungen im Umlauf sind.

160



Der optimale Photoshop-PC



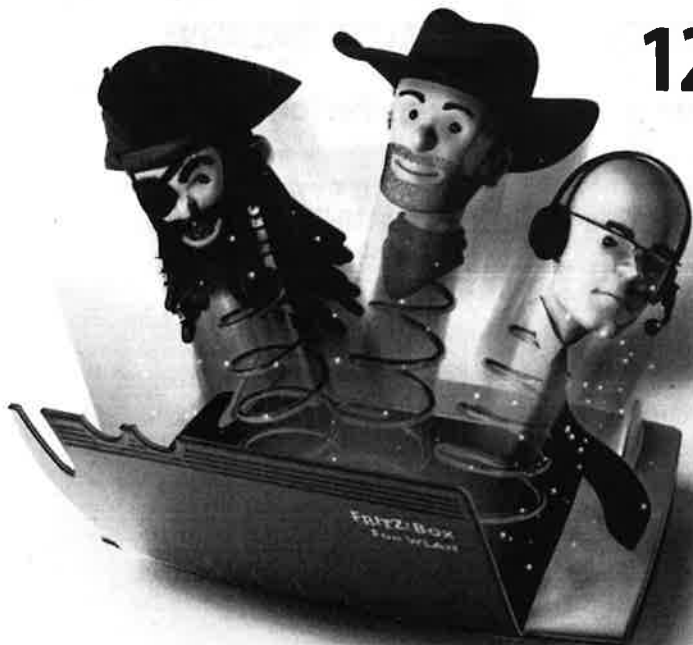
Für maximale Photoshop-Performance gibt Adobe leider keine konkreten Hardware-Empfehlungen. Dabei macht es einen großen Unterschied, ob man sein Geld in SSD, Grafikkarte, Arbeitsspeicher oder Multikern-CPU investiert.

148

Fritzbox ausreizen

Schon ab Werk kann eine Fritzbox eine Menge, aber es steckt mehr drin, als man auf den ersten Blick sieht: Mobilfunk-Kostensparer, Fax-Helfer, standortübergreifende Telefonanlage ... und per Skript lässt sie sich noch um neue Funktionen erweitern.

122



Das Kommunikations-Multitalent	122	Fernsteuern per Skript	132
Grundeinrichtung	128	Günstig telefonieren	136
Faxfunktionen	130	Verteilte Telefonanlage	140

PC-Gehäuse für viele Festplatten	50
Klimakontrolle per App: TFA-Dostmann Weatherhub	52
Externer Akku für MacBook	52
Aktivitätstracker: Mi Band für unter 30 Euro	52
8-TByte-Festplatten von HGST und Seagate	58
Aktivitätstracker: Microsoft Band	59
Android-Smartphones mit Metallgehäuse	60
Quadkopter: Transformer mit 4K und Livebild	62
Grafikkarte: GeForce GTX 960 für Full HD	64
Raspi-Server Ionas: Private Cloud im Komplettpaket	66
Gebrauchte IT: Professionelle Wiederaufbereiter	78
Desktop-PCs	82
Notebooks	84
Smartphones und Tablets	86
Für Firmen und Schulen	88
Drucker	90
Monitore	90
Kameras	91
FAQ	94
Musikverteilungssysteme von Denon und Samsung	96
Erste Steam-Konsole: Alienware Alpha	102
Schlankes Subnotebook: Dell XPS 13	106
Headsets mit aktiver Geräuschunterdrückung	108
Multifunktionsdrucker mit Tinte fürs Büro	114
Speicherchips: Was kommt nach Flash?	144

Know-how

Apps lokalisieren für Windows und Windows Phone	184
---	-----

Praxis

Fritzbox ausreizen: Das Kommunikations-Multitalent	122
Grundeinrichtung	128
Faxfunktionen	130
Fernsteuern per Skript	132
Günstig telefonieren	136
Verteilte Telefonanlage	140
Photoshop: Die optimale Hardware finden	148
Hotline: Tipps und Tricks	154
FAQ: Präsentationen mit Prezi	158
Kinder: Trickfilme drehen	164
Windows: Unerwünschtes Aufwachen verhindern	166
Musik remixen: Tipps für elektronische Dance-Tracks	168
Linux: RAID und effiziente Backups mit Btrfs	178

Ständige Rubriken

Editorial	3
Leserforum	10
Schlagseite	15
Seminare	209
Stellenmarkt	210
Inserentenverzeichnis	212
Impressum	213
Vorschau	214

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- Kay Waechter*, Hannover, Infrastrukturvorhaben als Komplexitätsproblem 121
- Tobias Linke*, Bonn, Rechtsfragen der Einrichtung und des Betriebs eines Nationalen Cyber-Abwehrzentrums als informelle institutionalisierte Sicherheitskooperation 128
-

Kleinerer Beitrag

- Maria Stemmler*, Freiburg, Rüstungsexportkontrolle light – Das Bundesverfassungsgericht zieht dem parlamentarischen Fragerecht (zu) enge Grenzen 139
-

Buchbesprechungen

- Bernd J. Hartmann*, Öffentliches Haftungsrecht: Ökonomisierung – Europäisierung – Dogmatisierung (*Ulrich Karpen*) 143
- Thomas Prauß*, Staatsbesuche in der Bundesrepublik Deutschland – Schutzpflichten gegenüber dem Besucher und ihre polizeiliche Absicherung (*Michael Fuchs*) 145
- Hermann Hill/Jochen Dieckmann* (Hrsg.), Moderne Justiz (*Alexander Jannasch*) 145
-

Rechtsprechung

- BVerfG*, Urteil vom 21.10.2014 – 2 BvE 5/11 – Informationsrecht der Bundestagsabgeordneten über Rüstungsexporte (vgl. Beitrag *Stemmler*) 147
-

Leitsätze

Gerichte der Europäischen Union

91. *EuGH*, Urteil vom 2.12.2014 – C-148/13 u. a. – A, B u. C – Homosexualität als Asylgrund; Befugnis zur Überprüfung der sexuellen Ausrichtung 161
92. *EuGH*, Urteil vom 11.12.2014 – C-212/13 – Ryneš – Zulässigkeit einer privaten Überwachungskamera 161
93. *EuGH*, Urteil vom 11.12.2014 – C-249/13 – Boudjlida – Rechtliches Gehör vor Rückkehranordnung 162

Verfassungsgerichte

94. *BVerfG*, Urteil vom 16.12.2014 – 2 BvE 2/14 – Äußerungsbefugnisse von Regierungsmitgliedern im Wahlkampf 162
95. *BVerfG*, Urteil vom 17.12.2014 – 1 BvL 21/12 – Privilegierung des Betriebsvermögens bei der Erbschaftssteuer 162
96. *BVerfG (Kammer)*, Beschluss vom 19.11.2014 – 1 BvR 1178/14 – Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Entziehung der elterlichen Sorge 163

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Verfassungsrecht

97. *OVG NRW*, Vorlagebeschluss vom 28.8.2014 – 20 A 1923/11 – Enteignung zugunsten Privater; Errichtung einer Rohrleitungsanlage für den Transport von Kohlenmonoxid 163

Abgabenrecht

98. *BayVGH*, Urteil vom 16.5.2014 – 4 B 13.1161 – Fremdenverkehrsbeitrag; Vertretungsbefugnis des Steuerberaters im Widerspruchsverfahren 163
99. *HessVGH*, Beschluss vom 2.10.2014 – 5 B 1466/14 – Abwasserbeitrag; Pflichten des Zwangsverwalters 163
100. *BayVGH*, Urteil vom 12.11.2014 – 4 BV 13.1239 – Zweitwohnungsteuer; Befreiungsantrag; Höhe der Einkommensgrenze für verheirateten Steuerpflichtigen 163

Öffentliches Dienstrecht

101. *BVerwG*, Beschluss vom 9.10.2014 – 2 B 60.14 – Bemessung der Disziplinarmaßnahme; nicht angeschuldigte belastende Umstände; Überwindung einer schwierigen Lebensphase 163



102. OVG NRW, Beschluss vom 14.8.2014 – 20 A 1888/13.PVL – Anfechtung der Personalratswahl	164
103. OVG Rheinl.-Pf., Beschluss vom 14.10.2014 – 2 B 10611/14.OVG – Beförderungskonkurrenz bei Massenbeförderungen im Wege der sog. Topfwirtschaft	164
104. VGH BW, Urteil vom 21.10.2014 – 4 S 884/14 – Qualifizierter Dienstunfall; zielgerichtete Verletzungshandlung	164
105. OVG NRW, Urteil vom 27.10.2014 – 3 A 1217/14 – Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare; Nachzahlungsanspruch	164
Polizei- und Ordnungsrecht	
106. NdsOVG, Urteil vom 20.11.2014 – 11 LC 232/13 – Anordnung einer erkennungsdienstlichen Behandlung	164
Kommunalrecht	
107. BayVGH, Beschluss vom 3.7.2014 – 4 CS 14.77 – Kanalbenutzungsverhältnis; positive Forderungsverletzung	165
108. VGH BW, NK-Urteil vom 15.10.2014 – 3 S 1505/13 – Arbeitnehmer der Gemeinde als Gemeinderat; Hinderungsgrund; externe Ausgleichsflächen; Bewertungsfehler	165
109. BayVGH, NK-Urteil vom 3.11.2014 – 4 N 12.2074 – Gültigkeit einer Entwässerungssatzung	165
Wirtschafts- und Gewerberecht; Berufsrecht	
110. HessVGH, Urteil vom 1.10.2014 – 6 A 923/13 – Finanzdienstleistungsaufsicht; Untersagungsverfügung; Kostenvorbelastung bei Fondssparplänen	165
111. OVG Rheinl.-Pf., Urteil vom 21.11.2014 – 6 A 10562/14.OVG – Verkauf von Losgutscheinen der Fernsehlotterie „Aktion Mensch“	165
Datenschutz-, Informations- und Medienrecht	
112. BVerwG, Urteil vom 23.7.2014 – 6 C 31.13 – Produktplatzierung; Verbot zu starker Herausstellung	165
Bau- und Planungsrecht	
113. OVG Rheinl.-Pf., Beschluss vom 13.5.2014 – 8 B 10342/14.OVG – Abweichungsentscheidung bei Vorhaben der Landesverteidigung	165
114. OVG Meckl.-Vorp., Beschluss vom 25.6.2014 – 3 L 218/13 – Abweichung von Abstandsflächenvorschriften	166
115. OVG Rheinl.-Pf., NK-Urteil vom 14.10.2014 – 8 C 10233/14.OVG – Umweltverbands-Normenkontrolle gegen einen Bbauungsplan	166
116. VGH BW, Beschluss vom 12.11.2014 – 3 S 1419/14 – Überschreitung einer Baugrenze	166
Naturschutz- und Umweltrecht	
117. VGH BW, Urteil vom 28.10.2014 – 10 S 3450/11 – Genehmigung zur Stilllegung und zum Abbau einer kerntechnischen Anlage	166
118. VGH BW, Urteil vom 4.11.2014 – 10 S 1663/11 – Betrieb von Vogelabwehrgeräten im Weinberg	166
Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht	
119. OVG NRW, Urteil vom 24.10.2014 – 16 A 2554/13 – Angemessenheit der Kosten für den Anschluss an eine Eisenbahninfrastruktur	167
120. OVG NRW, Beschluss vom 18.11.2014 – 11 E 1146/14 – „Einziehung“ von Altkleidercontainern	167
Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht	
121. BayVGH, Urteil vom 30.6.2014 – 5 BV 14.173 – Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Annahme als Kind; missbräuchliches Verhalten	167
122. BayVGH, Urteil vom 15.7.2014 – 5 B 12.2271 – Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit; erhebliche Nachteile wirtschaftlicher oder vermögensrechtlicher Art	167
123. BayVGH, Urteil vom 13.8.2014 – 5 B 13.992 – Ermessenseinbürgerung; Unterhaltsfähigkeit; Familienangehörige im Ausland	167
124. VGH BW, Beschluss vom 4.11.2014 – 11 S 1886/14 – Rechtsmissbräuchliche Vaterschaftsanerkennung	168
125. VGH BW, Urteil vom 10.11.2014 – A 11 S 1778/14 – Überstellung nach Bulgarien	168
Gerichtsverfahrensrecht	
126. BVerwG, Beschluss vom 30.9.2014 – 9 KSt 6.14 – Kosten für den Versand von Aktenordnern zur Akteneinsicht	168
127. HessVGH, Beschluss vom 25.8.2014 – 5 D 1044/14 – Beschwerdeberechtigung im PKH-Verfahren	168
128. VGH BW, Urteil vom 7.11.2014 – 2 S 1529/11 – Beteiligtenfähigkeit einer GmbH i.L.; Rechtskraft; gewillkürte Prozessstandschaft; rückwirkende Ersetzung einer fehlerhaften Satzung	168
129. NdsOVG, Beschluss vom 10.11.2014 – 8 PS 131/14 – Dinglicher Gerichtsstand; ortsgebundenes Recht	168
130. NdsOVG, Beschluss vom 17.11.2014 – 8 PA 130/14 – Erledigung vor Eintritt der Bewilligungsreife	168

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Würfel/Werner, Einführung eines Mindestabstands für Windkraftanlagen – die „10 H-Regelung“ im Freistaat Bayern — **109**

Széchenyi, Die Kostenfolgen einer unrichtigen Rechtsbehelfsbelehrung — **115**

Bericht

Freitag, Aktuelle Entwicklungen des Verwaltungsprozessrechts — **118**

Ausbildung und Prüfung

Lösungsskizze zur Aufgabe 8 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2009/2 (Text s. BayVBl. 2015, 103) — **141**

Literatur

Engels, Die Verfassungsgarantie kommunaler Selbstverwaltung – Eine Rekonstruktion (Knemeyer) — **144**

Notizen

U. a. Nachrichten, Aus der bayerischen Rechtsgeschichte, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **II, III, IV**

Rechtsprechung

EuGH	U.v. 17.7.2014	verb. Rs. C-58/13 und C-59/13	Vorabentscheidungsersuchen; Freizügigkeit; Zugang zum Rechtsanwaltsberuf; Möglichkeit, den Angehörigen eines Mitgliedstaats, die die Qualifikation für den Rechtsanwaltsberuf in einem anderen Mitgliedstaat erworben haben, die Eintragung in das Verzeichnis der Rechtsanwaltskammer zu verweigern; Rechtsmissbrauch — 119
BayVerfGH	E.v. 9.9.2014	Vf. 2-VII-14	Amt mit leitender Funktion; Beamtenverhältnis auf Zeit; hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums; Lebenszeitprinzip; Stärkung des Leistungsprinzips; Alimentationsprinzip — 121
BVerfG	B.v. 24.9.2014	1 BvR 3017/11	Rauchverbot; Kultur- und Freizeiteinrichtung; Vereinsräumlichkeit; tatsächliche öffentliche Zugänglichkeit; Vereinigungsfreiheit; Handlungsfreiheit; Gleichbehandlungungsgebot — 126
BayVGH	B.v. 5.8.2014	3 CE 14.771	Dienstpostenbesetzung (Leiter des Revisionsamtes); maßgebliche Sach- und Rechtslage; deklaratorisches (beschreibendes) Anforderungsprofil; systematisiertes Personalauswahlgespräch; Gewichtung zwischen dienstlicher Beurteilung und systematisiertem Personalauswahlgespräch; Androhung von Ordnungsgeld — 127
	B.v. 23.9.2014	12 CE 14.1833 und 12 C 14.1865	Einstweilige Anordnung; Inobhutnahme unbegleitet eingereister (asylsuchender) Minderjähriger; Altersfeststellung; Folgenabwägung — 131
	B.v. 12.5.2014	7 ZB 14.373	Kirchenaustritt; Eindeutigkeit der Austrittserklärung; Zusatz „im melderechtlichen Sinn“ — 134
BVerwG	U.v. 16.4.2014	6 C 11.13	Ethikunterricht; Religionsunterricht; staatlicher Bildungs- und Erziehungsauftrag; Zusammensetzung des Fächerkanons; elterliches Erziehungsrecht; verfassungsunmittelbare Differenzierung; Anspruch auf staatliche Rechtssetzung — 136
BGH	U.v. 24.7.2014	III ZR 550/13	Zur Verkehrssicherungspflicht bei der Gestaltung einer Parkbucht — 139
Wissenswertes für den Rechtsanwalt			
BayVGH	B.v. 9.1.2014	9 C 13.2454	Unwirksamer gerichtlicher Vergleich; fehlender v. u. g.-Vermerk; mangelnde Vollstreckbarkeit — 140

Aufsätze

- 42 *Kieran Bradley*, Grundrechte im EU-Personalrecht
 49 *Ulrike Wendeling-Schröder*, Neues zum AGG – aktuelle Rechtsprechung

Auf arbeitundrecht.eu finden Sie Gesetzestexte und Links auf zit. Rechtsprechung

Arbeit und Rechtspolitik

- 53 Bericht aus Berlin
 58 Aktuelles aus Brüssel und Straßburg



Auf arbeitundrecht.eu finden Sie weitere Hintergrundinformationen und Materialien

Arbeit und Sozialrecht

- 60 Was sich zu Anfang 2015 für AN im Sozialrecht ändert (*Winkel/Nakielski*)

Arbeit und Steuerrecht

- 62 Bei Einspruchsentscheidung des Finanzamts innerhalb der Einspruchsfrist ist kein erneuter Einspruch statthaft – Klage erforderlich! (*Gamp*)

Auf arbeitundrecht.eu finden Sie die relevanten Gesetzestexte.

Personalien | Termine | Info | Gelesen

- 63 Personalien | Termine | Info
 64 WORKSHOP: Soziale Grundrechte der MitarbeiterInnen europäischer Institutionen und Agenturen (*Priesemann*)
 65 Symposium zu Ehren von Spiros Simitis (*Hlava*)
 66 70. Geburtstag Katsutoshi Kezuka (*Klebe*)
 66 Aus anderen Zeitschriften | Neuerscheinungen

Rechtsprechung

- 67 **Leitsätze der Redaktion mit Volltextzugang**

■ 1. Individuelles Arbeitsrecht

Befristung: ■ ArbG Trier v. 18.09.14, 3 Ca 237/14: Unzulässige Kettenbefristung im Schulbereich

Besteuerung: ■ BAG v. 13.11.14, 8 AZR 817/13: Geringfügige Beschäftigung, unterlassene Pauschalbesteuerung

Betriebsübergang: ■ BAG v. 21.8.14, 8 AZR 648/13: Betriebsteil als bestehende wirtschaftliche Einheit

- 68 **Gleichbehandlung:** ■ BAG v. 3.9.14, 5 AZR 6/13 Entgelterhöhung, Überkompensation, unterschiedliche Arbeitsbedingungen, Gesamtvergleich

■ BAG v. 3.9.14, 5 AZR 109/13: Theorie der Wirksamkeitsvoraussetzung, Verrechnung Tarifentgelt mit übertariflichem Gesamtentgelt

Insolvenz: ■ BAG v. 13.11.14, 6 AZR 868/13: Insolvenzanfechtung, inkongruente Deckung, Bargeschäftsprivileg, Verhältnis zum Insolvenzgeldzeitraum

■ BAG v. 13.11.14, 6 AZR 869/13: Insolvenzanfechtung, mittelbare Zuwendung, inkongruente Deckung, Zahlung über das Konto eines Dritten, Gläubigerbenachteiligung

■ LAG Nürnberg v. 01.10.14, 4 Sa 273/14: Karenzentschädigung – keine Masseforderung bei Freistellung

Kündigung: ■ BAG v. 5.6.14, 2 AZR 418/13: Auslegung tariflicher Regelungen (Textilindustrie) zum Schutz älterer und langjährig beschäftigter AN vor ordentlicher Kündigung, Ausnahmen vom Sonderkündigungsschutz

- 69 ■ LAG Düsseldorf v. 28.08.14, 5 Sa 1251/13: Bestimmbarkeit der Kündigungsfrist

■ BAG v. 8.5.14, 2 AZR 1005/12: Betriebsbedingte Kündigung nach Betriebsübergang und Widerspruch des AN, Anhörung des BR, Übergangsmandat, Restmandat

■ ArbG Bremen-Bremerhaven v. 17.12.14, 7 Ca 7095/14: Fehlerhafte Personalratsanhörung

Schadensersatz: ■ BAG v. 21.8.14, 8 AZR 655/13: Wegnahme von Edelmetallrückständen aus Krematoriumsasche, Betriebs(teil)übergang

Vergütung: ■ BAG v. 19.11.14, 5 AZR 1101/12: Mindestentgelt in der Pflege, Arbeitsbereitschaft, Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft,

■ LAG Düsseldorf v. 19.8.14, 8 Sa 764/13: Sittenwidrige Vergütung für Schulbusbegleiterin

- 70** **Versorgungsleistungen:** ■ BAG v. 21.10.14, 3 AZR 1027/12: Anpassung einer Betriebsrente, Eigenkapitalauszehrung, Berechnungsdurchgriff
 ■ BAG v. 11.11.14, 3 AZR 117/13: Betriebsrentenanpassung, Anpassungsstichtag
 ■ BAG v. 30.9.14, 3 AZR 930/12: Hinterbliebenenversorgung, »Hauptnährerklausel« Wanderarbeitnehmer:
 ■ EuGH v. 18.12.14, C-523/13 – »Larcher«: Altersteilzeit, Diskriminierungsverbot
- **2. Kollektives Arbeitsrecht**
- Betriebsverfassungsrecht:** ■ BAG v. 25.6.14, 7 ABR 70/12: Hinzuziehung eines Sachverständigen durch den BR
 ■ BAG v. 30.9.14, 1 ABR 106/12: Mitbestimmung beim Gesundheitsschutz
- 71** **Schwerbehindertenvertretungsrecht:** ■ BAG v. 23.7.14, 7 ABR 23/12: Anfechtung der Wahl der Stellvertreter einer Schwerbehindertenvertretung, Beteiligung der gewählten Stellvertreter am Anfechtungsverfahren
 ■ BAG v. 15.10.14, 7 ABR 71/12: Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung, Auswahlverfahren vor Begründung eines Arbeitsverhältnisses, Personalgestaltung
- Tarifrecht:**
 ■ BAG v. 10.9.14, 10 AZR 959/13: Wirksamkeit einer AVE, Aussetzung, Geltungsbereich des VTV
- **3. Verfahrensrecht**
- Ausschlussfrist:** ■ LAG Nürnberg v. 12.11.14, 2 Sa 407/14: Bestandsschutzklage wahrt Ausschlussfrist
- 72** **Beschwerdeverfahren:** ■ BAG v. 27.10.14, 10 AZB 93/14: Kostenerstattung, Kosten eines Prozessbevollmächtigten
Rechtsschutzbedürfnis: ■ BAG v. 23.9.14, 9 AZR 1100/12: Anspruch auf behinderungsgerechte Beschäftigung, Leistungsklage, freigestelltes Betriebsratsmitglied
Rechtsweg: ■ BAG v. 3.12.14, 10 AZB 98/14: Geschäftsführer, Amtsniederlegung
 ■ BAG v. 25.11.14, 10 AZB 52/14: Insolvenzanfechtung, unentgeltliche Leistung
 ■ BAG v. 17.9.14, 10 AZB 4/14: Insolvenzanfechtung von Lohn- und Annexsteuern
- 72** **Kurzmitteilungen**
- 73** ■ EuGH v. 18.12.14, C-354/13: Adipositas als »Behinderung« iSd. Gleichbehandlungsrichtlinie
 ■ EuGH v. 18.12.2014, Gutachten 2/13: Entwurf zum EU-Beitritt zur EMRK unvereinbar mit Unionsrecht
 ■ EuGH v. 26.11.2014, C-22/13 ua., Mascolo: Datenschutzrichtlinie auf Aufzeichnung mit einer Kamera anwendbar, die von einer Person an ihrem Haus angebracht wurde und auf den öff. Straßenraum gerichtet ist
- 74** ■ BAG v. 13.01.2015, 3 AZR 894/12: Betriebsrente erst mit Bezug der ges. Altersrente
 ■ BAG v. 16.12.2014, 9 AZR 295/13: Urlaub – Ausschluss von Doppelansprüchen
 ■ BVerwG v. 17.12.2014, 8 B 66.14: Beschäftigung von AN an Sonn- und Feiertagen nach werktäglichem Ladenschluss um 24.00 Uhr unzulässig
- 75** ■ BFH v. 08.10.2014, VI R 82/13: Einkommenssteuererklärung per Fax wirksam
 ■ BFH v. 22.10.2014, X R 18/14: »Riester-Rente« für Beamte – Einwilligungsfrist teilweise korrigiert
 ■ LAG Baden-Württemberg v. 17.12.2014, 1 SHa 34/14: Amtsentbindung eines ehrenamtlichen Richters wegen »Lagerwechsel«
- 76** ■ LAG Berlin-Brandenburg v. 17.12.2014, 15 Sa 982/14: Arbeitszeitkonto im Leiharbeitsverhältnis – Kein Abbau von Plusstunden wegen fehlender Einsatzmöglichkeit beim Entleiher
 ■ LAG Düsseldorf v. 12.01.2015, 9 Ta BV 51/14: facebook-Seite des AG unterliegt nicht der Mitbestimmung
 ■ LAG Düsseldorf v. 18.12.2014, 15 Ta 582/14: Arbeitsgerichte für Vergütungsklage einer Kustodin unzuständig
 ■ LAG Düsseldorf v. 19.08.2014, 8 Sa 764/13: Sittenwidrige Lohnvereinbarung mit Schulbusbegleiterin
- 77** ■ ArbG Köln v. 18.12.2014, 11 Ca 3817/14: Erstattung von Anwaltskosten durch AG nach leicht vermeidbarer Strafanzeige



© picturelive Steinbrich



© pictureMichael Grabich

Zusammenfassungen/Abstracts

- 78** Zusammenfassungen/Abstracts der Aufsätze

Auf arbeitundrecht.eu finden Sie auch Abstracts.